

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Belagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Sorgen der Unternehmerpresse. Rundschau. Soziale Monatschau. Rechtsbewußtsein und Pflichtbewußtsein, II. Gewerkschaftliche Kulturarbeit. — **Allgemeines:** Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1911, II. Wissen ist Macht, Bildung macht frei! Brief aus Mügeln. Zum Brief aus Bombay. Ortsberichte: Berlin. — **Der Lithograph:** Der Zudrang zum Lithographenberuf, II. — **Die photomech. Fächer:** Neue Überläufer? Aus den Sektionen: Leipzig (Lichtdr.). — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Das neue Märchen. Ludwig Umland. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Kollege Lithograph Graf schied infolge seiner Wahl zum Arbeitersekretär in Leipzig aus dem Zentral-Ausschuß. An seine Stelle wurde Kollege Kurt Girod, Lithograph, gewählt.

Kollege Steindrucker Iben löste seine Mitgliedschaft zum Zentral-Ausschuß infolge Berufswechsels. An seine Stelle wurde Kollege Curt Reibentanz, Steindrucker, gewählt.

Beide Nachwahlen wurden in der am 26. Oktober 1912 stattgefundenen gemeinsamen Versammlung der Mitgliedschaft Dresden vorgenommen.

Alle an den Zentral-Ausschuß zu richtenden Beschwerden und sonstigen Zuschriften sind an den Vorsitzenden Richard Hickmann, Dresden 28, Rabenauerstraße 25, zu adressieren.

Dresden, am 5. November 1912.

Der Zentral-Ausschuß.

Die Sorgen der Unternehmerpresse.

Das Schutzverbandsorgan hat wieder einmal schwere Sorgen, die dadurch, daß sie von der gesamten Unternehmerpresse geteilt werden, nicht weniger drückend sind. Sie wurden hervorgerufen durch die erfreuliche Weiterentwicklung der freien Gewerkschaften, die das Unternehmerpapier durch ihre fortgesetzte Bezeichnung als sozialdemokratische Organisationen mit mehr Eifer als Geschick in Mißkredit bringen möchte, was freilich ein vergebliches Bemühen bleiben wird. Denn die Bezeichnung »sozialdemokratisch« kann höchstens noch politische Kinder und blöde Spießherren schrecken; für die Arbeiterschaft, die immer mehr erkennen lernt, daß ihre politischen Interessen nur durch die Sozialdemokratie energisch und rückhaltlos vertreten werden, löst diese Bezeichnung höchstens das Gegenteil von dem aus, was die Skribifaxe des Unternehmertums damit erreichen möchten: sie hat heute eine starke werbende Kraft! Trotzdem müssen die freien Gewerkschaften diese Bezeichnung ablehnen, da sie ihnen, obwohl sie ein Ehrenittel für sie sein würde, nicht zukommt. Denn die freien Gewerkschaften sind nicht politische Organisationen, sondern sie setzen ihre ganze Kraft dafür ein, nur die rein wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft innerhalb der heutigen privatkapitalistischen Gesellschaft mit aller Entschiedenheit wahrzunehmen. Und weil sie sich in dieser Beziehung als die wirksamste Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem profitthungrigen Unternehmertum allezeit bewährt haben, wird der Anschluß an

die Zentralverbände von immer größeren Arbeiterschichten als eine zwingende Notwendigkeit erkannt. Daran werden weder die wehleidigen Diskreditierungsversuche der Scharfmacherblätter, die als Wölfe in Schafskleidern längst durchschaut sind, noch die Gründungen gelber Rausreiferorganisationen, die nur durch den schlimmsten Unternehmerterrorismus geschaffen, zusammengehalten und notdürftig aufgepöppelt werden können, etwas zu ändern vermögen. Die Sorge der Scharfmacher und ihrer Presse angesichts des ständigen Wachstums der freien Gewerkschaften ist also, wie wir mit Genugtuung konstatieren können, durchaus begründet.

Besonders hat es der Unternehmerpresse die Opferfreudigkeit der Arbeiter für ihre Gewerkschaften angetan, was natürlich bei den Blättern der Leute, die nur darauf bedacht sind, sich durch die rationellste Ausnutzung der Arbeitskraft anderer so schnell und so viel wie möglich zu bereichern, nicht weiter verwunderlich ist. Und wo die gesamte Scharfmacherpresse Zeter und Mordio schreit, darf selbstverständlich auch das Organ unseres »Schutz«verbandes nicht fehlen. Nachdem es die Gesamteinnahmen, -Ausgaben und -Kassenbestände der freien Gewerkschaften und ihre Steigerung im Jahre 1911 festgestellt hat, bemerkt es tiefgründig:

»Schon diese Zahlen allein sind ein Beweis dafür, daß es dem deutschen Arbeiter doch nicht so schlecht gehen kann, wie die Gewerkschaftspresse behauptet. Wenn Staat und Gemeinde sich erlauben würden, derart straf die Steuerschraube anzuziehen, wie es durch das Steuersystem der sozialdemokratischen Gewerkschaften geschieht, dann würde das Geschrei über die »Auspowerung« nicht verstummen.«

Gegen den im ersten Satze gezogenen falschen Schluß ernsthaft zu polemisieren, dürfte in unserm Gewerkschaftsblatte kaum notwendig sein; denn jeder Arbeiter weiß eben, daß die Gewerkschaftsbeiträge nur geleistet werden, weil es den Arbeitern so schlecht geht, daß sie sich durch die Ansammlung von Mitteln die Möglichkeit, für die Hebung ihrer Lage einzutreten und sich in allen Notlagen des Lebens gegenseitig zu unterstützen, schaffen müssen. Für den im zweiten Satze des Zitats angestellten Vergleich der Gewerkschaftsbeiträge mit den Staats- und Gemeindesteuern wollen wir die Redaktion des Schutzverbandsorgans nicht verantwortlich machen, da sie ihn jedenfalls nur der »Nordd. Allg. Ztg.« nachempfunden hat; dieses sogenannte Regierungsorgan, das sich stets als der einseitigste Sachwalter des Ausbeutertums fühlte und betätigte, leistete sich nämlich in seiner Nr. 253 zum Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften folgenden Erguß:

»Bei den »sozialdemokratischen« Gewerkschaften wird die Steuerschraube ebenfalls in einer Weise angezogen, wie es von Seiten des Staates und der Gemeinde nicht im entferntesten vorstellbar wäre... Das Budget ist... trotz der Lebensmittelpreise um 8 Millionen Mark in die Höhe gebracht worden, natürlich unter fortwährendem Lärm über die Marktpreise in Stadt und Land... Kein Arbeiter aber hat nach den Bestimmungen des Gewerkschaftsstatutes einen rechtlichen Anspruch auf den Bezug von Unterstützung; er ist vielmehr vollständig von der Gnade der Führer abhängig. Das ist die Sozial-

demokratie an der einzig wahren Quelle, und da bedarf es freilich ohne Unterlaß großer Worte und energischer Zügel, um die Ergiebigkeit der hier tatsächlich Entrechteten in Gang zu halten.«

So die »Nordd. Allg. Ztg.« Man sieht, sie sucht der Presse der wirtschaftlichen Scharfmacherorganisationen noch in der Hetze gegen die Arbeiterverbände mit Erfolg den Rang abzulaufen und wird dadurch sogar zur geistigen Nährmutter der kleineren Scharfmacherblätter vom Schlage unseres Schutzverbandsorgans. Natürlich sind ihr und ihren Nachbetern derartige Ausführungen nur möglich durch die Unterschlagung der Tatsache, daß sich die Steigerung der Jahreseinnahme nur aus der Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, nicht aber aus einer Mehrbelastung der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder ergibt; diese Belastung des einzelnen Mitgliedes ist sogar von 31,91 Mk. im Jahre 1910 auf 31,06 Mk., also um 85 Pf. pro Jahr und Kopf gesunken! Ebenso unterschlägt man wohlweislich, was für die Beiträge der Mitglieder an letztere geleistet wird. Man verschweigt, daß die freien Gewerkschaften allein im Jahre 1911 für Reise- und Umzugsunterstützung 1,4 Mill., für Arbeitslosenunterstützung 6,3 Mill., für Krankengeld 103 Mill., für Invalidenrente 0,5 Mill., für Sterbegeld 1,0 Mill., für Beihilfe in Notfällen 0,5 Mill., für die Hebung der Lage der Arbeiter (Streik-, Ausgesperrten-, Gemaßregeltenunterstützung und Rechtsschutz) 18,6 Mill. und für Bildungszwecke 2,9 Millionen Mk. aufgewendet haben. Alle diese Tatsachen werden von dem Kanzlerorgan und seinem kleinen Nachbeter im Steindruckgewerbe unterschlagen, weil sie sowohl die Behauptung vom dem Anziehen der Steuerschraube als auch die Redensart, die Gewerkschaftsmitglieder seien von der Gnade ihrer treif ihen Führer abhängig, Lügen strafen. Das ist die »vornehme Kampfesweise« dieses Preßgelichters!

Jeder organisierte Arbeiter weiß, daß seine Rechte in der Gewerkschaft gewahrt und gesichert sind durch die demokratische Verfassung der Zentralverbände. Die Interessensolidarität hat ja die Konsequenz der gleichen Rechte und gleichen Pflichten. Haben die Gewerkschaften heute noch nicht das Recht einer juristischen Person, so deswegen, weil sie dann ihre elementarsten Freiheiten der Bureaukratie opfern und sich selbst zur Ohnmacht verurteilen müßten. Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hat es seiner Zeit deutlich genug gezeigt.

Aber wie steht es denn mit den Leistungen der Arbeiter an den Staat und die Gemeinden? Folgende Zahlen lehren, wie unerhört man das Budget des Arbeiters durch den Staat zu Gunsten des Agrar- und des Industriekapitals belastet, ohne daß er dafür irgendwelche Rechte hat. Durch Zölle und indirekte Steuern werden nach der amtlichen Statistik versteuert: das Getreide mit 4,34 Mk., der Kaffee mit 1,67 Mk., der Tabak mit 1,59 Mk., der Spiritus mit 3,30 Mk., das Bier mit 3,25 Mk., der Zucker mit 2,66 Mk.; das Salz mit 0,95 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung! Die land-

wirtschaftlichen und Industrieprodukte werden durch unsere agrarische Wirtschaftspolitik jährlich um rund 2825 Millionen Mark verteuert, das sind ca. 46 Mk. pro Kopf der Bevölkerung und rund 230 Mk. für eine Familie von fünf Köpfen. Vielleicht beantwortet das Kanzlerblatt, das die armen Arbeiter wegen der Steuerschraube der Gewerkschaften so sehr bedauert, angesichts dieser Tributpflicht des Volkes die Frage, was der Staat für diese indirekte Steuerschröpfung, die die Ärmsten am schwersten trifft, für Rechte gewährt?

Neben den geschilderten Mitteln möchte die Scharfmacherpresse, darunter natürlich auch das Schutzverbandsorgan, auch dadurch Stimmung gegen die Gewerkschaften machen, daß sie die Erfolge der Verbände zu verkleinern versucht. Das »Deutsche Steindruckgewerbe« glaubt wahrscheinlich gleich ganze Arbeit zu leisten, wenn es die Statistik über die Lohnbewegungen und ihre Ergebnisse überhaupt in Zweifel zieht. Es versteigt sich zu der Behauptung:

»Aber diese Statistik ist vollständig gefärbt und lediglich darauf berechnet, den Befähigungsnachweis der Gewerkschaftsführer als gute Gewerkschaftsstrategen zu erbringen. Die Gewerkschaftsstatistiker und Gewerkschaftsführer reden eben für sich, weil sie sonst fürchten müssen, ihre Stellung einzubüßen.«

Solche Sätze können nur aus der Furcht gewisser Soldschreiber des Unternehmertums geboren sein, von der Futterkrippe gejagt zu werden, wenn nicht in hilflosen Verdächtigungen und Verleumdungen der Gewerkschaften und ihrer durch das Vertrauen der Mitglieder in ihre Ämter berufenen Führer das Menschenmögliche geleistet wird! Für die Behauptung, die Gewerkschaftsstatistiken seien vollständig gefärbt, den Wahrheitsbeweis anzutreten, gibt sich das Schutzverbandsorgan nicht die geringste Mühe. Dadurch allein zeigt es selbst, was diese Behauptung wert ist. Es bleibt also dabei, daß durch die Gewerkschaften allein im Jahre 1911 neben vielen anderen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für 293316 Personen 760594 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich und für 592066 Personen 1058594 Mk. Lohnerhöhung für jede Woche erreicht worden sind! Grade diese Erfolge der Gewerkschaften veranlassen ja das Unternehmertum zu dem immer wiederholten Verleumdungsfeldzuge gegen die Arbeiterverbände und ihre Führer. Wenn diese Erfolge ausgeblieben wären, hätten es doch die Unternehmer nicht nötig gehabt, einen Teil des Mehrwerts, der ihnen durch die Arbeiter erarbeitet wurde, wieder zur Besoldung eines Heeres von hochdotierten Beamten zu verwenden, die den einzigen Zweck haben, die Ausbeuterinteressen des Unternehmertums in Wort und Schrift und durch die Tat gegenüber den organisierten Arbeitern wahrzunehmen. Vor allem hätten es die Unternehmer nicht nötig, mit allen Mitteln brutaler Gewalt, mit der Hungerpeitsche und mit vielen anderen terroristischen Maßnahmen zu versuchen, die Arbeiter ihres Koalitionsrechtes zu berauben und sie zur Aufgabe ihrer Organisationszugehörigkeit zu veranlassen. Die Arbeiter werden sich gegen dieses Beginnen zu wehren wissen. Das »Korrespondenzblatt« hat Recht, wenn es zu dieser berechtigten Notwehr bemerkt:

»Man mag die Arbeiter deshalb unehrlich oder sonstwie nennen. Welche Bezeichnung aber verdient ein Unternehmer, der seine wirtschaftliche Macht dazu mißbraucht, den Arbeitern ein gesetzlich garantiertes Recht zu nehmen? Einem Räuber gegenüber ehrlich zu sein, wird wohl ein mit dem zartesten Gewissen ausgestatteter Mensch nicht für notwendig erachten. Es ist aber nichts anderes, als ein an den Arbeitern verübter Raub, wenn man ihn durch die Drohung mit der Aushungerung zwingt, sein Vereinigungsrecht preiszugeben.«

Das Schutzverbandsorgan hat den sonderbaren »Mut«, diese den Terrorismus des Unternehmertums geißelnden Sätze nachzudrucken, um die Bemerkung daran zu knüpfen, daß bei den Abwehrmaßnahmen der Arbeiter gegen diesen schamlosen Terrorismus »der Wunsch der Vater des Gedankens« gewesen

sein werde. Wir wollen dem Schutzverbände und seinem edlen Blatt diese Hoffnung nicht nehmen. Unsere Kollegen wissen, was sie den räuberischen Maßnahmen der Unternehmerten gegen das Koalitionsrecht entgegen zu setzen haben.

Aber wie gesagt: diese Maßnahmen erklären sich nur aus der heillosen Angst des Unternehmertums vor den Gewerkschaften, die nichts anderes als eine Frucht der Erfolge der Arbeiterorganisationen ist. Die Verkleinerung dieser Erfolge durch die Unternehmerpresse geschieht wider besseres Wissen. Gegen bedeutungslose Organisationsgebilde der Arbeiter würden die Unternehmerblätter nicht in der Weise ankämpfen, wie sie es gegenüber den freien Gewerkschaften tun. Grade dieser Umstand wird es aber auch den noch nicht organisierten Arbeitern begreiflich machen, welchen Wert die Gewerkschaften für die Arbeiterklasse haben. Immer neue Massen werden einsehen, daß die Arbeiterschaft ohne ihre wirtschaftlichen Kampforganisationen dem Ausbeutertum auf Gnade oder Ungnade preisgegeben wäre. Und so wird sich die Unternehmerpresse einschließlich des Schutzverbandsorgans durch ihren von Angst und Sorge diktierten skrupellosen Kampf gegen die Gewerkschaften wiederum bewähren als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Rundschau.

Über eine Submissionsblüte, die bezeichnende Schlaglichter auf das ganze Submissionswesen wirft, lesen wir im Buchdrucker-Korrespondentfolgendes: In Leipzig kamen vor einigen Wochen die Plakatsäulen und Plakatafeln zur Wiederverpackung, jedoch im Gegensatz zu früher auf dem Wege der Submission. Die bisherige Pachtsumme betrug 7500 Mk., eine im Verhältnis zur Größe der Stadt lächerlich geringe Summe. Nun liefern aber auf das Ausschreiben Angebote ein, die selbst die kühnsten Hoffnungen des städtischen Schatzmeisters übertrafen. Es wurden nämlich Angebot gemacht von 30000, 32000, 40000, 72000, 75000 und 95000 Mk. Das letzte und höchste Angebot, das die bisherige Pachtsumme beinahe um das Zwölfte überstieg, hatte die bisherige Pächterin selbst gemacht!! Daraus läßt sich schließen, daß die Firma, Bär & Hermann heißt sie, mit dem Plakatwesen seither außerordentlich hohe Gewinne erzielt hat, sonst hätte sie wohl schwerlich selbst die kühnsten Angebote übertrumpft. Hoffentlich benutzt nun diese Firma, die auch den Zuschlag wieder erhalten hat, ihr Monopol nicht zu einer Schröpfung der Plakatinteressenten, daß diese sich schließlich genötigt sähen, in andern Ankündigungsmitteln einen Ausweg zu suchen, die das graphische Gewerbe eventuell schädigen könnten. Wandern muß man sich nur, daß die Leipziger Stadtverwaltung die Gelegenheit nicht beim Schopfe nahm und das Plakatwesen in eigene Regie überführte. Es mag ja für bürokratische Begriffe viel bequemer scheinen, ohne besondere Gegenleistung beinahe 100000 Mk. jährlich einzustekken, aber besondere Rücksicht auf das Gros der Gewerbe- und Handelstreibenden läßt dies nicht erkennen. Das ganze Verfahren erinnert an mittelalterliche Zustände, wo Fürsten und Stadtverwaltungen allerhand Gerechtes gegen Bezahlung hoher Summen verschafferten und sich wenig darum bekümmerten, in welcher Weise die Käufer jener Vorrechte die Untertanen drückten und ausbeuteten.

Der Reichstag soll am Dienstag, den 26. November seine Arbeiten wieder aufnehmen und zunächst verschiedene Petitionen erledigen. Dann folgt im Zusammenhang mit der Fleischnot-Interpellation die Beratung der Teuerungsvorlage, die voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Ob der Reichskanzler die Interpellation sofort beantworten oder seine Erwiderung hinauschieben wird, steht noch nicht fest.

Der Holzarbeiterverband steht in den nächsten Wochen im Zeichen einer außerordentlichen allgemeinen Agitation, die bereits mit der Verbreitung eines Flugblattes in allen Verbandsbezirken und mit der Herausgabe einer besonderen Werbenummer der »Holzarbeiterzeitung« eingeleitet wurde. In dieser ereignet der Verbandsvorstand die Gelegenheit um die Mitglieder mit kurzen, packenden Worten auf ihre Pflicht, unablässig für den Verband zu werben und die Versammlungen recht fleißig zu besuchen, wie folgt hinzuweisen: »Generalappell der deutschen Holzarbeiter. Auf der ganzen Front rüsten die Unternehmerorganisationen zu einem Schläge gegen die Arbeiterverbände. Das zwingt die letzteren, ihr Rüstzeug auf dessen Widerstandsfähigkeit und die Organisation auf ihre Lückenlosigkeit zu prüfen. Zu diesem Zweck finden in der zweiten Hälfte des November in allen Zahlstellen des Verbandes Holzarbeiterversammlungen statt mit der Tagesordnung: Die Kriegsvorbere-

tungen der Unternehmerverbände für das Kampfsjahr 1913.« Der Generalappell wird dazu beitragen, daß das Kriegsjahr 1913 auch die Holzarbeiterschaft vorbereitet und gerüstet findet.

Der Steinsetzerverband konnte Anfang November auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Gegründet 1887, zählte der Verband 1892 2249 Mitglieder, um sich bis Ende 1911 auf 10706 Mitglieder empor zu entwickeln. Aus Anlaß des Jubiläums erschien die am 3. November fällige Nummer des Verbandsorgans in besonderer festlicher Ausstattung.

Über die Außerachtlassung demokratischer Rechte finden wir in der »Lederarbeiterzeitung« nachstehende Zellen, die wir auch einem Teile unserer Mitglieder recht eindringlich zur Beachtung empfehlen wollen: Die Betonung der demokratischen Rechte steht in Gewerkschaftskreisen manchmal im krassen Widerspruch damit, wie man von der Ausübung der Demokratie Gebrauch macht. Zur Grundlage hat das demokratische Verfahren die Versammlung und die Abstimmung, beides mit gleichem, uneingeschränktem Rechte der Beteiligung. Diese Beteiligung ist aber gleichzeitig auch eine demokratische Pflicht, die am wenigsten von denjenigen versäumt werden sollte, die immer über den Mangel an demokratischen Rechten losziehen. Die Erfahrung lehrt, daß man zwar Urabstimmung und Urwahlen fordert, es aber überläßt, an solchen teilzunehmen, wenn sie einmal vorgenommen werden. Es ist eigentlich beschämend, daß man, um einen guten Versammlungsbesuch oder eine kräftige Wahlbeteiligung zu erzielen, selbst unter organisierten Arbeitern erst noch eine große Aufmunterungs- und Agitationsarbeit entfalten muß. Wie sehr jedoch die demokratischen Pflichten manchmal vernachlässigt werden, davon liefert einen Beweis die kürzlich in Leipzig vorgenommene Vertreterwahl zu den Ortskrankenkassen der Bäcker, Brauer und Tischler, aus welchen die bisherigen freilorganisierten Vertreter hinausgewählt wurden, weil von vielen hundert freilorganisierten Mitgliedern sich nur 19 an der Wahl beteiligten. 22 Unorganisierte und Gelbe wählten ihre Leute und rissen somit den Sieg an sich, obwohl sie sonst ein ganz verborgenes Dasein führen. Ein sehr schlechtes Zeugnis für organisierte Arbeiter, die so wenig Verständnis für den Wert der Vertreterwahlen zu sozialpolitischen Einrichtungen beweisen und es unterließen, von ihren demokratischen Rechten Gebrauch zu machen.

Wieder ein betrügerischer Streikbrecher-agent Bei der Firma Metallindustrie Schönebeck a. E. streiken die Arbeiter seit einigen Wochen, weil die Firma an den ohnehin schon niedrigen Akkordverdiensten noch weitere Abzüge vorgenommen hat. Als Ersatz für die Streikenden wurden auch hier Hintzemänner angeworben. Dieser Tage fand nun vor dem Amtsgericht Schönebeck a. E. eine Verhandlung statt, veranlaßt durch die Klage eines Arbeitswilligen gegen die Firma wegen plötzlicher Entlassung. Der Kläger war als Vorarbeiter eingestellt worden und wurde plötzlich entlassen, als die Firma erfuhr, daß der Agent, der die Arbeitswilligen vermittelt, sie betrogen hatte. Hierüber teilte die Firma dem Gericht folgendes mit: »Von den durch den Agenten vermittelten 38 Arbeitswilligen reisten 27 wieder ab; der Agent Möller reiste ebenfalls wieder ab, um dem Auftrage der Beklagten gemäß etwa weitere 70 Arbeiter zu engagieren. Er erhielt zu diesem Zwecke auf seinen Antrag 700 Mark gezahlt, um diese als Reisekosten für die zu engagierenden Arbeiter zu verwenden. Er ist jedoch mit diesem Gelde flüchtig geworden, hat irgendwelche Arbeitskräfte für die Firma nicht engagiert, und ist auf Veranlassung der Beklagten vor einigen Tagen wegen Betrages verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden.« In wie vielen Fällen mag der ehrenwerte Herr Streikbrecheragent wohl ähnlich so gehandelt haben? Denn in der Regel werden wohl die soldarmaßen Geschädigten ganz verschwiegen sein, um zu dem Schaden nicht auch noch den Spott zu haben. Eine Lehre hat übrigens die Firma Metallindustrie in Schönebeck a. E. aus ihren üblen Erfahrungen nicht gezogen, denn sie verhandelt schon wieder mit anderen Streikbrechervermittlern, die ihr gelbe Arbeitswillige liefern sollen.

Der Dank des Kapitals an die Arbeitswilligen. Ein erschütterndes Bild menschlichen Elends berichtet der »Dortmunder Generalanzeiger«. Zwei kranke Zinkhüttenarbeiter sollten in eine Lungenheilanstalt. Sie mußten aber warten, weil die in Frage kommende Heilstätte voll belegt war. Obwohl beide arbeitsunfähig waren, wurden sie von der Leitung der Zinkhütte in Dortmund zur Weiterarbeit aufgefordert. Der Kassenarzt hatte allerdings »leichte Arbeiten« gestattet. Der Direktor meinte aber, es müsse gearbeitet werden, was vorkomme. Wieder zum Arzt geschickt, soll er zu einem der beiden gesagt haben: »Sie sind krank, ich muß Sie aber gesund schreiben.« Der Kasse könne nicht mehr aufgeladen werden. Auf einer anderen Hütte wurde dieser Arbeiter als krank zurückgewiesen, als er da, wie ihm geraten worden war, nach Arbeit anfragte. Die beiden lungenkranken Zinkhüttenarbeiter wohnen in Werkshäusern, es wurde von ihnen verlangt, daß sie das Krankengeld zur Mietzahlung benutzen. Das ging dann natürlich nicht und als ein Monat Mietsrückständig blieb, wurde von der Wohlfahrtsfirma die Räumungsklage eingeleitet. Die Frau eines der beiden Arbeiter ist dabei auch noch wegen eines Wochenbettes arbeits-

unfähig. Nun weisen die Arbeiterorganisationen darauf hin, daß einer der beiden Drangsalirten bei dem vor einiger Zeit ausgebrochenen Streik der Arbeiter jener Zinkhütte zu den *Arbeitswilligen* gehörte und auch andere Arbeiter nach der Hütte zog. Er hat jetzt »seine Schuldigkeit getan«, er hat sich die Lungenschwindsucht geholt und wird blank und bloß auf die Straße gesetzt. Das ist der Dank vom Hause Mammon!

Aus dem Auslande.

Rußland. In den Druckereien der russischen Ostseeprovinzen ist ein *Tarifkampf* ausgebrochen. Sämtliche Arbeiter des Druckereigewerbes in Riga, Jurjew, Reval, Libau, Nitau, Pernau, Walk, Wenden, Wolmar, Goldingen und Schlock haben am 26. Oktober ihren Arbeitgebern ein Ultimatum unterbreitet, in dem sie ihren Arbeitsvertrag binnen zwei Wochen kündigen, wenn nicht paritätische Kommissionen der Arbeiter und Arbeitgeber zur Ausarbeitung eines allgemeinen Tarifs für die gesamten Ostseeprovinzen eingesetzt würden. Der Hauptpunkt der Forderungen der Druckereiarbeiter besteht in der Lohnerhöhung, die infolge der exorbitanten Lebensmittelerhöhung und der niedrigen Lohnsätze, die durchweg niedriger sind als im Auslande, notwendig geworden ist. Dem musterhaft geschlossenen Vorgehen der baltischen Druckereiarbeiter ist eine vom Druckereiarbeiterverband veranstaltete Enquete über die Arbeitsbedingungen in den Druckereien vorausgegangen. Wegen Veranstaltung dieser Enquete ist der Verbandsekretär A. Pruwly vom Gouverneur zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Auch sonst sucht der livländische Gouverneur den Tarifkampf der Druckereiarbeiter mit allen Mitteln zu verhindern. So hat er dem Verbandsvorsitzenden am 18. Oktober erklärt, er würde sämtliche Streikenden nach dem Narimsker Bezirk (im Nordosten Sibiriens) verbannen! Die Verhandlungen haben bereits begonnen. Die Arbeiter sind aber ihres Sieges sicher, da sie zu 75 Proz. organisiert sind. An alle Druckereiarbeiter ergeht die Bitte, sich nicht für die russischen Ostseeprovinzen anwerben zu lassen!

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 11. November 1912.

Die Bedeutung des Ortslohns für die Arbeiterschaft. Kleine Mitteilungen aus der Arbeiterversicherung: Ein »christlich-nationaler Krankenkassenverband«; neue Berufsgenossenschaften; zur Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung.

Es wird leider von den Arbeitern noch allzuwenig erkannt — schrieb kürzlich durdhaus treffend die »Lederarbeiterzeitung« —, welche große Bedeutung der *Ortslohn* (früher »ortsübliche Tagelöhne«) für sie hat. In der neuen Reichsversicherungsordnung ist in nicht weniger als 24 Paragraphen vom Ortslohn die Rede. Nach § 150 der Reichsversicherungsordnung wird der Ortslohn für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, für Versicherte von 16—21 Jahren und solchen über 21 Jahren besonders festgesetzt. Der § 151 des gleichen Gesetzes besagt dann, daß die Ortslöhne gleichzeitig im ganzen Reiche und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1914, von da ab aber immer auf 4 Jahre, festgesetzt werden.

Der Ortslohn kommt in Frage:

- a) bei den Krankenkassen für die Bemessung der Beiträge und der Unterstützungen;
- b) für die Bemessung der Beiträge und Leistungen der gegen Krankheit versicherten unabhängigen Arbeiter und Hausgewerbetreibenden;
- c) für die Berechnung der Unfallrente;
- d) für die Bemessung der Krankenhilfe für die ersten 13 Wochen nach dem Unfall;
- e) für die Bemessung der Beiträge zur Unfallversicherung;
- f) für die Berechnung der Invalidenversicherungsbeiträge;
- g) für die Bemessung des Hausgeldes beim Heilverfahren der Versicherungsanstalt.

Der Ortslohn spielt auch eine Rolle bei der Bemessung der *Familienunterstützung* der zu *Friedensübungen* einbezogenen Mannschaften des Heeres und der Marine, des ferneren bei der Bemessung des Schadenersatzanspruches bei *Vertragsbruch der gewerblichen Arbeiter* und der Arbeitgeber.

Je höher der Ortslohn festgesetzt ist, desto höher ist nach den verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen die zu leistende Unterstützung. Aus dieser Tatsache und dem vorstehenden kurzen Auszuge kann man ersehen, daß dem Arbeiter die Höhe des Ortslohnes nicht gleichgültig sein darf. Die im letzten Jahrzehnt eingetretene enorme Verteuerung aller Lebens- und Genußmittel, die Steigerung der Mieten und Abgaben, aber auch der Löhne durch die Gewerkschaften rechtfertigen schon lange eine Heraussetzung der ortsüblichen Tagelohnsätze. Bei der vorzunehmenden Neufestsetzung müssen die Arbeiter auf eine angemessene Erhöhung des Ortslohnes dringen. Vor allem ist es Pflicht der Arbeiterorganisationen, darauf hinzuwirken, daß die Behörden den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachkommen. Gleichzeitig können die Vertreter der Versicherten in den Vorständen der Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten, sowie bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern ihren Einfluß dahin geltend machen.

Nach § 149 R.-V.-O. gilt der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagearbeiter als Ortslohn: Das Oberversicherungsamt setzt den Ortslohn fest und

macht ihn öffentlich bekannt. Vorher werden die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten gehört; das Versicherungsamt hat sich nach Anhörung der Gemeindebehörden und der Vorstände der beteiligten Krankenkassen gutachtlich zu äußern.

Die Ortslöhne sollen ein ungefährer Maßstab dafür sein, mit welchem Lohn ein gewöhnlicher Tagearbeiter an dem betreffenden Orte auskommen kann. Wie niedrig nun aber der »standesgemäße« Unterhalt der Arbeiter von Behörden eingeschätzt wird, dafür haben wir alle Tage Beispiele. Auch der *Arbeiterpresse* fällt die Aufgabe zu, immer wieder auf das Unzulängliche der jetzigen Ortslöhne in der Öffentlichkeit hinzuweisen. Sind doch Tageslohnsätze für erwachsene männliche Arbeiter von 1,80 bis 2,50 Mk. gar keine Seltenheit. Selbst in Großstädten haben wir noch ortsübliche Tagelöhne von 3,20 Mk. Bei erwachsenen weiblichen Arbeitern sind vielfach die Tagelöhne auf 1,20 bis 1,50 Mk. festgesetzt. Diese so niedrig bemessenen ortsüblichen Tagelöhne sind ganz besonders schädigend für diejenigen Personengruppen, die den Landkrankenkassen zugeteilt sind. (Landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Dienstboten, unständig Beschäftigte, Wandergewerbe- und Hausgewerbetreibende.)

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung kann die Satzung der Landkrankenkasse das Krankengeld für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März oder für einen Teil dieser Zeit bis auf ein Viertel des Ortslohnes herabsetzen. Wo von dieser reaktionären Bestimmung Gebrauch gemacht wird, bedeutet es für den Erkrankten den langsamen Hungertod.

Im übrigen hat der Monatsschau folgende neueren Vorkommnisse in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung der Beachtung der Leser zu empfehlen:

Am 29. September wurde in Cöln eine neue Zerspaltung der Arbeiterinteressenverbände zur Tat, und zwar durch Vertreter der dem sagenhaften deutschen nationalen Arbeiterkongreß angehörenden Arbeiterorganisationen nationaler, christlicher und Hirsch-Dunkerscher Richtung. Die neue Vereinigung nennt sich *Verband deutscher Krankenkassen* und ist als Gegenorganisation gegen den Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen und gegen die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, die die Interessen der Versicherten im Sinne der freien Gewerkschaften vertreten, zu bewerten. Der neue Verband will sich nur auf nationaler Grundlage aufbauen sowie frei von »sozialdemokratischer Leitung und Aufmachung« sein und rechnet auf die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien und Presse. Wenn man nun weiß, daß die Krankenkassenverbände, die bisher die Interessen der Versicherten im Sinne der freien Gewerkschaften vertreten haben, mit der sozialdemokratischen Partei gar keine Verbindung haben und von dieser Partei auch völlig unabhängig sind, so bleibt als Erklärung für die neue Gründung nur übrig, daß weniger Arbeiterinteressen als vielmehr die Wahrung von Unternehmerinteressen die Triebfeder bilden. Das wird auch dadurch bestätigt, daß der neue Verband in der ganzen Unternehmerrpresse sympathisch begrüßt wird, was wir nachträglich noch feststellen wollen.

Ferner ist zu berichten, daß der Bundesrat kürzlich dem zuständigen Ausschuß eine Vorlage überwiesen hat, welche die *Schaffung von drei neuen Berufsgenossenschaften* vorsieht. Es handelt sich um die Errichtung einer Kleinhandelsberufsgenossenschaft, einer Gärtnerberufsgenossenschaft und einer Fahrbetriebsberufsgenossenschaft. Da die neue Unfallversicherung bereits am 1. Januar 1913 in Kraft treten wird, dürfte die Bekanntmachung über die Errichtung der neuen Berufsgenossenschaften in nächster Zeit zu erwarten sein.

Endlich muß über eine Versammlung von Regierungssachverständigen berichtet werden, die kürzlich in Dresden tagte, um die Durchführbarkeit von Beschlüssen für die *Herabsetzung der Altersgrenze für Rentenempfang in der Invalidenversicherung* von 70 auf 65 Jahre zu prüfen. Nach den bis jetzt über diese Tagung veröffentlichten Berichten scheint dabei sehr wenig herausgekommen zu sein. Denn es ist nicht einzusehen, warum eventuelle Verhandlungsergebnisse zugunsten der von den Versicherten gewünschten Herabsetzung nicht veröffentlicht werden könnten, während mit einem großen Aufwande von Worten verkündet wird, daß eine Erweiterung des für die staatliche Fürsorge in Betracht kommenden Personenkreises in Aussicht genommen sei. Das letztere wäre zweifellos ein Fortschritt, aber für die Millionen der jetzt schon unter die Versicherung Fallenden ist das ein schlechter Trost, für sie ist die Herabsetzung der Altersgrenze die Hauptsache. Davon findet man aber in den Berichten kein Wort. Das läßt darauf schließen, daß dieser Gegenstand von den Herrn Regierungssachverständigen nicht im Sinne der Versicherten erledigt wurde. Eine Herabsetzung des Rentenalters scheint nicht zu den Vorschlägen des Ausschusses zu gehören. Das ist sehr bedauerlich. Denn es ist eine Seltenheit, daß ein Arbeiter 70 Jahre alt wird, und wenn er dies Alter erreicht, ist er meistens schon vorher invalid. Schon bei Beratung des Gesetzes, vor über 20 Jahren, beantragten die Sozialdemokraten im Reichstage vergeblich, die Altersrente mit dem 60. evtl. 65. Lebensjahre zu gewähren. Auch bei der Änderung des Gesetzes im Jahre 1899 wurden die gleichen An-

träge gestellt, wieder mit negativem Erfolg, und auch bei der Neuregelung der Arbeiterversicherung bei der Beratung der Reichsversicherung wieder abgelehnt. Alles, was erreicht werden konnte, war ein Beschluß des Reichstags, durch den der Reichskanzler ersucht wird, bis zum Jahre 1917 Unterlagen zu sammeln, die den Weg ebnen, die Altersgrenze herabzusetzen. Nach den Berechnungen der Reichsregierung wären für die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre alljährlich 30 Millionen Mark Mehraufwendungen erforderlich, von denen etwa 10 Millionen Mark auf die Reichskasse fallen würden. Da sich jedoch die Reichskasse infolge der ungeheuren Ausgaben für Rüstungszwecke in Not befindet, können diese Aufwendungen nicht gemacht werden. Für politische Zwecke sind Milliarden verfügbar, wenn es sich aber um einige Millionen Mark zur Unterstützung des Alters handelt, dann ist kein Geld vorhanden. X

Rechtbewußtsein und Pflichtbewußtsein.

II.

Um ein Recht durchzusetzen, genügt es natürlich nicht, daß man die Überzeugung von der Berechtigung des Rechtsanspruchs hat, es genügt auch nicht, daß man sein Recht, wenn auch noch so ungestüm, fordert, sondern man muß die Macht haben, sich das Recht erkämpfen und es festhalten zu können. Das Recht schwebt nämlich nicht in der Luft, sondern es haftet an der Macht, es ist eigentlich weiter nichts, als der äußerlich sichtbare Ausdruck der Macht. Was nützt es einem Menschen, wenn man ihm ein Recht zuspricht, ohne daß man ihm zugleich die Mittel verleiht, dies Recht ausüben zu können.

Bekanntlich haben wir in Deutschland das Recht der freien Meinungsäußerung, denn jeder Deutsche hat das Recht, in Wort und Schrift seiner Meinung Ausdruck zu geben. Aber wie viele Menschen können wirklich von diesem Rechte Gebrauch machen? Mancher Arbeiter, mancher Kleinhandwerker und Beamter möchte mal gern seinem Herzen Luft machen und in einer Versammlung den Herren mal gründlich die Wahrheit sagen, aber leider liegt der Knüppel beim Hunde, denn würde er frei und offen seine Meinung äußern, so verliert er seine Arbeit oder seine Stellung oder er hat sonstige Nachteile. Ein wirtschaftlich unabhängiger Mensch kann sagen, was er will, aber der wirtschaftlich Schwache muß den Mund halten. Wir haben auch das freie Wahlrecht und jeder volljährige Staatsbürger kann wählen, wen er will; ein ostelbischer Gutstagehörer hat dasselbe Recht, einem Manne seines Vertrauens die Stimme zu geben, wie der Gutsherr. Und wie sieht es mit diesen Rechten im wirklichen Leben aus? Der Gutsherr drückt dem Tagelöhner einen Stimmzettel in die Hand und schleppt ihn an die Wahlurne und der Tagelöhner muß sich dies gefallen lassen, weil er sonst seine Existenz verliert und mit Weib und Kind auf die Straße gesetzt wird. Durch seine wirtschaftliche Ohnmacht wird sein staatsbürgerliches Recht zunichte gemacht. Ein deutscher Staatsbürger hat das Recht der freien Religionsausübung; er kann glauben, was er will, er braucht keiner Religionsgemeinschaft mehr anzugehören, er braucht sich nicht kirchlich trauen und seine Kinder braucht er nicht taufen zu lassen. Aber nur der wirtschaftlich Starke kann dies Recht für sich in Anspruch nehmen, ein abhängiger Mensch, ein Staatsbeamter z. B. würde seine Stellung verlieren, wenn er die alten Bräute nicht mehr mitnaden wollte. Auch das Koalitionsrecht besitzen wir in Deutschland und jeder Arbeiter hat das Recht, sich mit seinen Genossen und Kollegen zu einer Organisation zusammenzuschließen. Aber mancher Arbeiter muß zähneknirschend auf sein gutes Recht verzichten, weil der Unternehmer mit der Hungerpeitsche droht.

So beobachten wir hier, wie auf allen anderen Gebieten, daß die Macht die Grundlage des Rechts ist und daß die wirtschaftliche Ohnmacht jedes Recht in ein Scheinrecht verwandelt. Das war der verhängnisvolle Irrtum des Liberalismus, daß er meinte, man brauche den Menschen nur alle möglichen Rechte zu verleihen, ohne ihnen zugleich die Möglichkeit zu geben, diese Rechte auch auszuüben. Denn ein Recht ohne genügende wirtschaftliche Grundlage ist eine traurige Wohltat, wenn nicht gar ein blutiger Hohn, und es ist höchst bedauerlich, daß die Menschheit Jahrzehnte gebraucht hat, um diese Wahrheit zu erkennen. Darum hat die Arbeiterbewegung die Aufgabe, das Proletariat zu einer Macht zu machen, mit der Staat und Gesellschaft rechnen müssen, denn nur dann ist die Möglichkeit gegeben, daß die wirtschaftlich Schwachen sich dies Recht erkämpfen können. Der Kampf ums Recht ist also in Wirklichkeit ein Kampf um die Macht.

Die Macht, die ein Mensch oder eine Menschengruppe hat, beruht vorwiegend auf dem Besitz, auf dem materiellen Übergewicht, und darum ist die besitzlose Klasse zugleich die bevorrechtigte und die besitzlose Klasse zugleich die rechtlose Klasse. Aber auch das geistige Übergewicht verleiht eine Macht, wie wir das zu allen Zeiten an den Vertretern der Religion beobachten können. Für einen Menschen, der wirtschaftlich abhängig und

geistig rückständig ist, gibt es kein Recht, weil er weder die Macht noch die Fähigkeit hat, davon Gebrauch zu machen. Und mit einer Menschengruppe verhält es sich geradeso. Das Proletariat muß sich also die wirtschaftliche Macht erkämpfen und hierzu geben ihm die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen die Möglichkeit. Es muß sich aber auch die geistige Macht erringen und hierzu stehen ihm heutzutage die zahlreichen Bildungsmittel zur Verfügung. Die Arbeiterfrage ist demnach nicht nur eine wirtschaftliche Machfrage, sondern auch eine Bildungsfrage und nach beiden Richtungen hin gilt es, die Arbeiterklasse stark zu machen. Wissen ist Macht und Organisation gibt Macht, diese Wahrheiten müssen einem klassenbewußten Arbeiter in Fleisch und Blut übergehen.

Ein Mensch, der ein Recht für sich in Anspruch nimmt, muß auch die diesem Recht entsprechenden Pflichten übernehmen. Einem jeden Recht steht ja in der menschlichen Gesellschaft eine Pflicht gegenüber. Es gibt nämlich kein unbeschränktes Recht, sondern das Recht endet dort, wo das Recht der andern beginnt. Wir wollen hierfür ein paar Beispiele geben. Der Sklavhalter des Altertums hatte das Recht, von seinen Sklaven alle möglichen Arbeiten zu verlangen, er hatte aber auch die Pflicht, ihm Nahrung, Wohnung und Kleidung zu geben. Der Grundherr des Mittelalters forderte von seinen Bauern Abgaben und Frondienste als ein gutes Recht, aber er übernahm als Entschädigung die Pflicht, Land und Leute gegen die Feinde zu schützen. Der Kapitalist der Neuzeit hat das Recht, die Arbeiter auszubeuten, aber er hat auch die Pflicht, ihnen Lohn und Brot zu geben. Umgekehrt hat der Arbeiter, der einen Rechtsanspruch erhebt auf gute Lohn- und Arbeitsbedingungen, auch die Pflicht, ein gutes Stück Arbeit zu liefern. So haben die Eltern ein Anrecht an ihre Kinder und zugleich auch Pflichten gegen die Kinder, die Eheleute haben Rechte und Pflichten gegeneinander und alle Menschen, die zu einander in ein Verhältnis treten, erheben wechselseitige Rechtsansprüche und erfüllen Pflichten. Merkwürdig ist hierbei nur, daß die meisten Menschen ihre Rechte durch ein Verkleinerungsglas und ihre Pflichten durch ein Vergrößerungsglas betrachten und daß sie deshalb das Bestreben haben, ihre Rechte zu vergrößern und ihre Pflichten zu verkleinern. Doch das ist ein besonderes Kapitel, das wir hier nicht näher erörtern können.

Das Verhältnis zwischen Recht und Pflicht tritt besonders im proletarischen Klassenkampf deutlich zutage. Der Proletariat, der mit seiner Lage unzufrieden ist und deshalb auf sein Recht als Mensch und Staatsbürger pocht, übernimmt dadurch zugleich die Pflicht, alles das zu tun, was dazu dient, um dies Recht zu erkämpfen. Erfüllt er diese Pflicht nicht, so ist er ein pflichtvergessener, moralisch minderwertiger Mensch. Leider wird diese Einheit zwischen Recht und Pflicht noch vielfach übersehen und es gibt noch genug Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr gutes Recht fordern, aber an ihre Pflicht nicht denken. Wenn z. B. eine Proletarierin Anspruch erhebt auf das Wahlrecht und das Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde, so hat sie auch die Pflicht, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen und sich um politische Fragen zu kümmern. Und wenn ein Proletariat von der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein fordert, so ist er natürlich auch verpflichtet, seine Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

In bezug auf die Organisation tritt der innere Zusammenhang zwischen Recht und Pflicht deutlich in die Erscheinung. Ohne Zweifel ist die Koalition, der Zusammenschluß gleichstrebender Menschen, eine wichtige Waffe im proletarischen Befreiungskampfe. Hieraus ergibt sich die Forderung, daß jeder Proletariat, der um eine bessere Lebenshaltung kämpft, die Verpflichtung hat, sich zu organisieren. Das Koalitionsrecht erweitert sich zu einer Koalitionspflicht, und da Disziplin und Opferfreudigkeit unentbehrliche Eigenschaften eines organisierten Kollegen sind, so muß jeder klassenbewußte Arbeiter nach allen Richtungen hin seine Pflicht und Schuldigkeit tun. Ob er als einfacher Soldat unter dem Banner der Organisation einmarschiert oder ob er eine führende Stellung einnimmt, das ist an und für sich Nebensache, die Hauptsache ist, daß er seine Stelle ausfüllt.

Glücklicherweise wächst in proletarischen Kreisen zugleich mit dem Rechtsbewußtsein auch das Pflichtbewußtsein. Dies zeigt sich besonders in der moralischen Wertung der Arbeiter untereinander. Wer sich alles gefallen läßt und mit allem zufrieden ist, ohne sein gutes Recht zu verlangen, der genießt keine Achtung in den Reihen der Klassenkämpfer, und wer seine Pflicht als Klassenkämpfer vernachlässigt, der gilt als minderwertiger Mensch und schlechter Kollege.

Gewerkschaftliche Kulturarbeit.

Die tiefstreichende, umfassendste, erfolgreichste Erziehungsarbeit hat unbestreitbar die moderne Arbeiterbewegung geleistet. Das hindert nicht, daß sich volksfeindliche Junker, Pfaffen und Scharfmacher als die eigentlichen Träger der Kultur aufspielen. Ja, die Arbeiterbewegung, speziell die gewerkschaftlichen Organisationen, denunziert man frech als

Feinde kultureller Emporentwicklung. Die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit und Initiative zu beschneiden und einzuengen, soll ein Gebot wahrer Kultur sein.

So hört man's von den Scharfmachern aller Grade, aus allen dunklen Winkeln, auf der ganzen Linie! Ihre in Wirklichkeit kulturwidrigen Bestrebungen schmücken sie auch noch mit dem Epitheton „national“. Dabei kann jeder sich denken, was er will! Auf jeden Fall ist die Firma zugkräftig, der Unterstützung der Behörden und des gedankenlosen Publikums gewiß. Das zu erreichen, ist der Zweck der Übung, die lediglich auf die Wahrnehmung engherziger Sonderinteressen eingestellt ist. Und diese Sonderinteressen stehen mit dem Volkswohl, mit dem kulturellen Aufstieg der Masse in schreiendem, in unversöhnlichem Widerspruch.

Versteht man unter Kultur das Herausheben der Volksmehrheit aus den Niederungen sozialer und geistiger Not, das Hinaufziehen zu den Höhen der Erkenntnis, zu menschenwürdigem, vom Grobsinnlichen sich entfernendem, vergeistigendem Lebensgenuß, dann hat die herrschende Gesellschaft als Erzieherin weit, sehr weit hinter die Gewerkschaften zurückzutreten. Nur wenn man Unterdrückung und Ausbeutung, die Erhaltung in Unwissenheit, die Pflege des Rohen, des rein tierischen Triebens bei der großen Masse als Kulturarbeit anspricht, dann können die Gegner der Gewerkschaften bestritten die Palme für sich in Anspruch nehmen.

Die Gruppen, Parteien, Interessen, die eine Gesellschaft mit unläuterer Mitteln zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung bilden, beherrschen von jeher die Schule. Die Erziehung des Volkes hatten sie sich wohlweislich monopolisiert. Und was leisteten sie mit dem Schul- und Bildungsmonopol? Das geistige, politische und soziale Niveau, das die Gewerkschaften in der Arbeiterschaft vorfinden, gibt Antwort auf die Frage. Sie bildet eine fast stupide, in der Gefangenschaft des allerengsten Gesichtskreises lebende Masse, einen Spielball hurrapatriotischen Drills, pfäffischer Klopffedertren, roher Genußsucht.

Schnaps, lärmende Ausgelassenheit, das gelegentliche Austoben in rein tierischen Genüssen mußte der Masse Ersatz bieten für innere Öde, für die Entwertung von allen geistigen Genüssen. Den wirtschaftlichen Verhältnissen und Zusammenhängen, den politischen Ereignissen, den großen Menschheitsfragen stand die Masse — trotz oder wegen des obligatorischen Schulbesuchs — Interesse und Verständnislosigkeit gegenüber. Die Interesse- und Verständnislosigkeit heimte auch die Entwicklung ihrer Produktivkräfte, hielt gewaltige Summen von Leistungsmöglichkeit und Vorwärtsstreben latent. Die Gebundenheit und Unwissenheit als Konservatoren der bestehenden Zustände wiederum waren die Ursache einer grauenhaften sozialen Not. Die Lebenshaltung der Arbeiter war äußerst primitiv; Krankheiten verwüsteten Unsummen von Volkskraft; der Tod hielt reiche Ernte, besonders in den Reihen der Kinder des Proletariats; stets bevölkerten große Scharen Arbeitsloser die Landschaften, Hunderttausende verließen das Vaterland; überall herrschte Hunger, Not und Elend.

Unter diesen Verhältnissen konnten auch keine Tugenden der Solidarität erblühen. Aus Angst um das tägliche Brot war der krasse, kleinliche Egoismus überall treibendes Motiv. Einer war der Feind des andern; jeder sah in dem Nebenmann einen unerwünschten Konkurrenten. So lebte, vegetierte ein großer Teil der Arbeiterschaft dahin, ein Hohn auf die Menschheit!

Es war nichts Erbauliches, was kapitalistische Erziehung aus dem „Ebenbilde Gottes“, aus dem denkenden Menschen gemacht hatte. Erbarmungslos ließ der Nachbar den Nachbar dahinsterven, verderben, unter der Geißel einer furchtbaren Not sich winden. Soziales Gefühl und Verständnis war weder bei der Masse der Individuen noch bei den Herrschenden geweckt, die Sozialpolitik gehörte noch nicht zum Pflichtkreis staatlicher Aufgaben.

Die moderne Arbeiterbewegung löste die gebundenen Kräfte und Fähigkeiten. Sie riß die Masse aus der geistigen Stupidität heraus, zeigte ihr, daß die soziale Not die Folge volksfeindlicher Verhältnisse sei, die zu beeinflussen und zu gestalten in ihrer Macht liege. Eine Riesenarbeit war dabei allerdings zu leisten, muß noch heute geleistet werden. Aber welcher Abstand zwischen damals und heute!

Noch vor 20 Jahren sah man in den Versammlungen in den eigentlichen Industriebezirken viele, sehr viele Arbeiter, die mit dem Schnapsglas vor der Nase nicht einmal fähig waren, die einfachsten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge zu erfassen. Verständnislos hörten sie den Rednern zu, kaum das eine kam ihnen zum Bewußtsein, daß ihre Lage verbessert werden sollte. Manchem wurde es selbst dabei nicht einmal bewußt, daß er Grund hatte, unzufrieden zu sein. Die Mittel und Wege des Aufstieges, das Erkennen der Möglichkeit und Notwendigkeit, die Verhältnisse zu ändern, lagen für ihn außerhalb der Grenze des geistigen Erfassens.

Es bedurfte unzähliger Stürme auf die Festung der Unwissenheit und Einsichtslosigkeit, ehe in diesen Wall der Unkultur Bresche gelegt werden konnte. Nur sehr langsam, nur ganz allmählich wirkte der von den ersten Aposteln des proletarischen Emanzipationsgedankens in die träge,

schwerfällige Masse geschleuderte Sauerteig. Mühselig war der Weg durch das Dornengestrüpp von Dummheit und falschem Egoismus. Nur Schritt vor Schritt ging es vorwärts. Erst mußte man mit dem Aufklärungswerk beginnen; später konnten die gesammelten Kräfte einsetzen, um für die Arbeiter soziale Vorteile zu erringen. Das ging vielen kaum Gewonnenen, die nicht bis in die Tiefen der Erkenntnis hinabgetaucht waren, viel zu langsam. Solidarisches Handeln, Opferfreudigkeit im Interesse der Gesamtheit und Förderung der Bewegung waren ihnen noch fremde Begriffe, ihrer Auffassung fremd und widerstrebend. Viele verließen treulos die Fahnen. Sie mußten zurückgeholt neue Kämpfer gewonnen werden, bevor man wieder einen Vorstoß wagen konnte. Kleine Siege, Niederlagen, Enttäuschungen, Aufstiege und Rückschläge bilden die erste Geschichte der modernen Arbeiterbewegung.

Ganz langsam brach sich die Erkenntnis Bahn, langsam entwickelte sich die Kulturpflanze der Solidarität, langsam erwachte die große Masse zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde und -Pflichten. Die moderne Arbeiterbewegung brachte sie dahin, trotz der Widerstände und Hindernisse, die ihr von der herrschenden Gesellschaft von Anfang an in den Weg gestellt wurden. Man wollte das Volk in Unwissenheit und bedingungsloser Unterwürfigkeit erhalten es von der Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur fernhalten; man wollte weiter herrschen, die Arbeiter weiterhin unbegrenzt und unbeschränkt ausbeuten dürfen. Daher die Feindschaft gegen Aufklärung und Weckung größerer, edlerer Bedürfnisse bei der großen Masse.

All den inneren und äußeren Widerständen zum Trotz brachte die moderne Arbeiterbewegung die Arbeiterschaft zu den Höhen der erreichten Kultur hinauf. Die Gewerkschaften führten die geordneten und disziplinierten Scharen in den Kampf gegen das Kapital. Sie eroberten dabei, direkt und indirekt, Position um Position, verbesserten die Arbeitsbedingungen und hoben die Lebensführung auf eine edlere Grundlage. Den Kampf gegen den Fusel nahmen die Gewerkschaften sofort energisch auf, und mit ihrem Fortschreiten verschwand das Volksgift aus den Versammlungen. Dem Fröhen grober Ausschweifungen trat sie ebenso erfolgreich entgegen; sie trug die Masse aus der Tiefe des nur instinktmäßigen Genießens zu der Höhe der bewußten, geistig beeinflussten, veredelten Lebensbetätigung hinauf. Das Verständnis für Kunst und Literatur, so sehr dieses Verständnis auch noch in den Kinderschuhen stecken mag, das Bedürfnis nach geistigem Erleben und Genießen verdankt das Proletariat der modernen Arbeiterbewegung. Die Erziehung zur Körperpflege, für Wohnungshygiene und Wohnungskultur sowie für soziale Fürsorge ist ebenso hauptsächlich ihr Werk.

Was Staat und Gemeinden, was die herrschenden Gesellschaften heute auf all diesen Gebieten tun und leisten, ist nicht das Produkt ihres sozialen Erkennens, keine freie Entscheidung. Aus Angst vor dem emporstrebenden, von der Kraft des Emanzipationsgedankens getragenen Proletariat machte man kleine Konzessionen, um sich an großen vorbedrückten zu können. Man gab den Arbeitern etwas Zuckerbrot, damit sie die Peitsche der Herrschaft den Ausbeutern nicht entreißen. Jeder soziale Fortschritt ist der Arbeiterbewegung zu verdanken.

Heute ist in unzähligen Arbeiterwohnungen eine Bibliothek zu finden; der Wissenshunger erfaßt immer weitere Kreise. Für einen großen Teil des Volkes, der bisher in Indifferenz und Unwissenheit dahinglebte, ist die Beschäftigung mit sozialen, wirtschaftlichen und künstlerischen Fragen Lebensinhalt geworden.

Nur Ignoranz und Boshelt könnten leugnen, daß der hier kurz umrissene kulturelle Aufstieg fast restlos unmittelbare und mittelbare Erfolge und Verdienste der modernen Arbeiterbewegung darstellt, deren Träger in gewerkschaftlicher Beziehung die freien Verbände sind. Diese große Kulturleistung, die glückliche Lösung einer historischen Aufgabe wird in den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Tageskämpfen leicht übersehen und vergessen. Für die Gesamtheit stellt sie zweifellos einen größeren Wert, ein unschätzbare Gut dar, als eine erfolgreich durchgeführte Lohnbewegung für einen beschränkten Kreis von Personen. Es ist daher zweckdienlich, jene großen Kulturleistungen herauszustellen, gerade jetzt, wo ein lediglich auf Profitmacherei lusternes Unternehmertum, in die Toga idealen Willens gehüllt, Attentate gegen die Gewerkschaften vorbereitet, die ihre Aktionsfreiheit lähmen, ihren Kulturarbeiten Hindernisse bereiten sollen.

Das deutsche Volk hat sich durch seinen Fleiß, seine Intelligenz und seine Geschicklichkeit einen geachteten Namen, einen Ruf verschafft. Mit der Leistungsfähigkeit und dem Kulturzustand der Arbeiterschaft ist die vielgerühmte Machtstellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt untrennbar verbunden. Eine Degradierung der Arbeiterschaft durch Zerschmetterung der Gewerkschaften würde mit unfehlbare Sicherheit auch die Leistungsfähigkeit der Industrie beeinträchtigen.

Will man nun das Geschaffene, das Aufgebaute nicht gefährden, dann muß das Koalitionsrecht ausgebaut, der kulturfördernden Betätigung der Gewerkschaften ein größerer Spielraum gewährt werden.

Aus dem „Zimmerer“.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1911.

II.

Im ersten Artikel dieser Folge, wurde auf Grund der Statistik der Generalkommission über die Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1911 festgestellt, welchen Platz unsere Organisation in der Reihe der 51 Zentralverbände einnimmt, die in der Generalkommission der freien Gewerkschaften zusammengeschlossen sind. Heute sollen nun noch einige Vergleiche zwischen unserm Verbande und den graphischen Organisationen Hirsch-Dunkerscher und christlicher Richtung angestellt werden.

Auch über diese Gewerkschaftsrichtungen enthält die Statistik der Generalkommission ein umfassendes Material. In diesem wird als Hirsch-Dunkerscher Verband für das graphische Gewerbe der »Gewerkverein der graphischen Berufe und Maler« und als christliche Organisation, die sich unter verschiedenen andern auch unsern Beruf als Betätigungsbereich erkor, der »Graphische Zentralverband« genannt. Beide haben ihr Agitationsfeld viel weiter gesteckt als unser Verband; sie sind ein aus allen möglichen Berufsgruppen gebildetes Konglomerat. So sucht der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein nicht nur die Arbeiter aller graphischen Berufe, sondern auch die Maler, Lackierer und Anstreicher zu gewinnen, während der christliche Verband seine Mitglieder hauptsächlich unter der männlichen und weiblichen Arbeiterschaft der Papierfabriken, Farbenfabriken und der gesamten Papierverarbeitungsindustrie zu werben versucht. Demzufolge müßte man dem Hirsch-Dunkerschen Gewerkverein nicht nur unsern Verband, sondern auch die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Druckereihilfsarbeiter, Maler usw. und der christlichen Gewerkschaft neben unser Organisation auch die der Buchbinder, Druckereihilfsarbeiter und der Arbeiter und Arbeiterinnen in Papier- und Farbenfabriken (Fabrikarbeiterverband) gegenüberstellen, um zuverlässige Vergleiche zu ermöglichen und ihre »Bedeutung« voll zu würdigen. Es wird aber genügen, den beiden gegnerischen Verbänden nur unsern Verband gegenüberzustellen; auch diese Vergleichsziffern allein werden die völlige Bedeutungslosigkeit beider Organisationsformen nicht nur für die von unserm Verband umfaßten Berufszweige, sondern für das ganze graphische Gewerbe schlagend erweisen.

Der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein der graphischen Berufe und Maler zählte im Jahresdurchschnitt 1911 ganze 1673 Mitglieder. Wenn wir beachten, daß er sich aus Buchdruckern, Buchbindern und gelernten und ungelerten Arbeitern aller anderen graphischen Berufszweige, in erster Linie und zum überwiegenden Teile aber aus Malern, Lackierern und Anstreichern zusammensetzt, so gehen wir wohl in der Annahme nicht fehl, daß man die dem Gewerkverein angehörenden Lithographen, Steindruckern usw. an den Fingern einer Hand nachzählen kann. Ähnlich verhält es sich mit dem christlichen »Graphischen Zentralverband«, der im Jahresdurchschnitt 1911 1625 (1409 männliche und 216 weibliche) Mitglieder zählte. Sein Mitgliederbestand setzt sich, wie erwähnt, hauptsächlich aus der gelernten und ungelerten Arbeiterschaft des Buchbindergewerbes und der Papier- und Farbenfabriken zusammen und die ihm angehörenden Gehilfen der Gewerbegruppen, für die unser Verband zuständig ist, dürften kaum einige Bäckerdutzende ausmachen. Erklärlicherweise haben es beide Organisationen unterlassen, Angaben über die Berufszugehörigkeit ihrer Mitglieder zu machen, sodaß genaue Zahlen über unsere in diesen Verbänden »organisierten« Kollegen nicht genannt werden

können. Aber wenn wir auch ihren jämmerlichen Gesamtzahlen gegenüberstellen, daß unser Verband, der sich nur auf die gelernte Gehilfenschaft des graphischen Gewerbes erstreckt, allein im Jahresdurchschnitt 1911 17029 Mitglieder mustern konnte, dann bedarf es zum Beweise der Bedeutungslosigkeit beider Verbänden für unsere Kollegenschaft keiner weiteren Worte.

Und wie mit der Mitgliederzahl, so verhält es sich auch mit den Kassenverhältnissen und vor allen Dingen mit den Leistungen an die Mitglieder.

Zur Veranschaulichung der Kassenverhältnisse möge folgende tabellarische Gegenüberstellung der Jahreseinnahme, der Jahresausgabe und des Vermögens dienen:

Organisation:	Jahres-einnahme Mk.	Jahres-ausgabe Mk.	Vermögen Ende 1911 Mk.
H.-D. Gewerkverein	38044	33893	18593
Christl. Gewerkschaft	34494	30971	24177
Unser Verband	1553379	1772476	724450

Eine noch deutlichere Sprache für die Bedeutungslosigkeit des Hirsch-Dunkerschen und des christlichen Verbändchens als diese absoluten Einnahme-, Ausgabe- und Vermögensziffern reden die auf jedes Mitglied entfallenden Durchschnittsbeträge. So betrug die durchschnittliche Jahreseinnahme beim H.-D. Gewerkverein 22,74 Mark, bei der christlichen Gewerkschaft 21,23 Mark, bei unserm Verbande aber 91,22 Mk.; die durchschnittliche Jahresausgabe bei den »Hirschen« 20,26 Mk., bei den »Christen« 19,06 Mark, bei uns aber 104,09 Mk.; der durchschnittliche Vermögensbestand bei der Hirsch-Dunkerschen 11,11 Mk., bei der christlichen 14,88 Mk. und bei unserer Organisation 42,54 Mark pro Kopf der Mitglieder! Auch die Kassenverhältnisse zeigen also, daß sowohl der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein als auch die christliche Gewerkschaft, die im graphischen Gewerbe ihr schmarotzendes Unwesen treiben möchten, ganz ohnmächtige und für die Wahrung der Interessen unsrer Kollegenschaft gegenüber dem Unternehmertum rein gar nicht in Frage kommende Gebilde sind. Die berufene Interessenvertretung hat sich die Gehilfenschaft des graphischen Gewerbes in unserer Organisation geschaffen, die allein in der Lage ist, diese ihre vornehmste Aufgabe auch tatkräftig zu erfüllen trotz aller Wühlarbeit ohnmächtiger Quertreiberorganisationen.

Das gilt nicht nur für die Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern, sondern auch für das soziale Wirken der Organisationen; denn auch in bezug auf die Leistungen an die Mitglieder bleiben die beiden gegnerischen Verbändchen weit hinter unsrer Organisation zurück, wie folgende Gegenüberstellung über die Verteilung der Gesamtausgabe auf die einzelnen Ausgabeposten lehrt:

Es zahlen pro Kopf in Mark für	H.-D. Gewerkverein	Christl. Gewerkschaft	Unser Verband
Arbeitslosenunterstütz.	0,91	1,55	7,49
Reiseunterstützung	0,09	—	1,41
Umzugsunterstützung	0,06	—	1,13
Krankenunterstützung	10,36	3,88	13,47
Sterbefallunterstützung	1,04	0,15	0,83
Invalidenunterstützung	—	—	10,45
Sonst. Unterstützungen	—	0,39	—
Streikunterstützung	—	—	56,14
Gemaßregeltenunterst.	1,49	4,22	0,44
Rechtsschutz	0,01	0,01	0,10
Bildungszwecke	—	2,43	2,51
Sonstige Ausgaben	6,30	6,43	10,12

Im Ganzen zahlte unser Verband an Unterstützungen (ohne Streik- und Gemaßregeltenunterstützung und Rechtsschutz) 34,78 Mk., der H.-Dunkersche Gewerkverein jedoch nur 12,46 Mark und die christliche Gewerkschaft gar nur 5,97 Mark pro Kopf der Mitglieder aus. Unser Verband läßt also in bezug auf sein soziales Wirken die beiden gegnerischen Verbändchen weit hinter sich zurück.

Daneben verwendete unser Verband für Streikunterstützung, Gemaßregeltenunterstützung und Rechtsschutz im Jahre 1911 pro Kopf 56,68 Mk.; die »Hirsche« verausgaben

für die Hebung der Arbeiterlage nur 1,50 Mk. und die »Christen« ganze 4,23 Mk. pro Kopf. Nur unser Verband ist also seinen Mitgliedern im wirtschaftlichen Kampfe zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft eine sichere und feste Stütze gewesen; die beiden gegnerischen Verbändchen kommen daneben gar nicht in Betracht.

Für Bildungszwecke (Verbandsorgan, Bibliotheken usw.) haben die »Hirsche« im Jahre 1911 gar keine Aufwendungen gemacht, während die »Christen« 2,43 Mk. und unser Verband 2,51 Mk. verausgaben. Dabei darf freilich nicht außer Betracht gelassen werden, daß die Ausgaben für Bildungszwecke bei den »Christen« grade in entgegengesetzter Richtung wirken: sie dienen nicht der Aufklärung, sondern der Gehirnverkleisterung, wie jede Nummer des christlichen graphischen Winkelblättchens, für das sieben Achtel dieser Ausgaben verwendet worden sind, zur Genüge beweist.

An sonstigen Ausgaben — Agitation, Verwaltung, Generalversammlungen, Konferenzen usw. — wandte unser Verband 10,12 Mk., der H.-D. Gewerkverein 6,30 Mk. und die christliche Gewerkschaft 6,70 Mk. pro Mitglied auf. Welchen Platz diese Ausgaben in den Gesamtausgaben einnehmen, zeigen die Prozentziffern. Während wir für diese Zwecke nur 9,7 Proz. der Gesamtausgaben verbrauchten, waren es bei den »Hirschen« 31,1 Proz. und bei den »Christen« sogar 33,7 Prozent; mit andern Worten: unser Verband hat noch nicht ein Zehntel, der Hirsch-Dunkersche aber fast ein Drittel, der christliche sogar mehr als den dritten Teil aller Ausgaben für die Verwaltung und ähnliche für die Mitglieder nicht unmittelbar nutzbringende Zwecke aufgewendet!

Die einzige und wirkliche Interessenvertretung der Kollegenschaft nach allen Richtungen hin ist also einzig und allein in unserm Verbande zu suchen! Die vorstehenden, auf einwandfreiem statistischen Material beruhenden Gegenüberstellungen werden es jedem Kollegen klar und deutlich gezeigt haben.

Wissen ist Macht! — Bildung macht frei!

Gute Bücher — gute Freunde!

Die Tage werden täglich kürzer, der Herbst ist da, und es wird nicht mehr allzulange dauern, da heißt es wieder: »Am stillen Herd zur Winterzeit« — pardon, so heißt es früher einmal. Jetzt jagt in der Winterzeit ein Vergnügen das andere und wer bei Klimmbimvereinen ist, der kommt manchmal aus dem Festtrübel gar nicht mehr heraus. Und nichts ist bekanntlich »schwerer zu ertragen, als eine Reih« von schönen Tagen.

Daß manche Kollegen durch die Vereinsmeherei, durch das Sportswesen von der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit abgehalten werden, ist eine nur zu bekannte Tatsache. Aber auch die Allgemeinbildung leidet bei vielen jungen Kollegen durch die Betätigung in Klimmbimvereinen oft sehr und die besten, aufnahmefähigsten Jahre gehen dann verloren.

Es genügt heutzutage nicht, bloß im Fache tüchtig zu sein, sondern es gehört auch ein gehöriger Teil Allgemeinwissen dazu, um sein Fortkommen zu finden. Wir haben schon Kollegen kennen gelernt, die im Berufe ganz außerordentlich tüchtig waren, aber sonst ein sehr beschränktes Dasein führten. Es fehlte eben die in unserer Zeit unbedingt nötige Bildung, die man sich in der besten Schule, in der Schule des Lebens aneignen muß und aus guten Büchern. Nur durch das Lesen und Verstehen guter Bücher wird die Allgemeinbildung gefördert, nicht durch das Lesen schlechter Romane und anderen Schundes, der leider im »Volke der Denker und Dichter« immer noch sehr verbreitet ist. Allerorten gibt es jetzt Bücher- und Lesehallen der Gewerkschaften und der Partei, wo jeder junge Kollege Bücher, die ihm selbst zu kostspielig sind, geliehen erhält.

Aber auch in den bekannten billigen Bücherausgaben erscheinen in edlem Wettkampf wirklich ganz ausgezeichnete Bändchen, so besonders Bücher der Naturwissenschaft, die populär-wissenschaftlich geschrieben und daher auch für jeden normalen Menschen verständlich sind. Die schöngeistige Literatur gehört ja schon zum eisernen Bestand der billigen Volksausgaben zu 10, 20 und 25 Pfg. pro Bändchen oder Nummer; sie wird auch immer noch bereichert.

Auch prachtvolle Naturschilderungen bilden den Geist und regen an, hinaus in die Fremde zu gehen; es sei hier nur auf Rudolf Töpfers »Genfer Novellen« hingewiesen, die kürzlich in der Universal-

Bibliothek zum Preise von 40 Pfg. erschienen sind. Es hat noch keinem geschadet, wenn er in der Jugendzeit einige Jährchen in die Fremde ging und sich *Land und Leute* angeschaut und angehört hat. Und im späteren Leben, besonders erst, wenn wir altern, ist es nicht mehr so leicht möglich wie in der Jugend, sich die Welt anzusehen.

Jeder Kollege sollte sich eine *kleine Hausbibliothek* mit guten Büchern aus den billigen Volksausgaben anschaffen, aber auch fleißig die öffentlichen Bibliotheken benützen, um sein Wissen zu bereichern und zu lernen. Wir haben so manche junge Kollegen, die gut veranlagt sind, und die lieber von Klimmbimmvereinen lassen sollten, um sich durch *Fortbildung allgemeiner Natur* zu stärken für den Kampf um's Dasein.

Georg Hirsh sagt in einem Werke über *Zeichenunterricht und künstlerische Berufsbildung* mit Recht: *Das Herz des Menschenfreundes blutet bei dem Gedanken, daß so viele schöne Anlagen nicht zu rechter Entfaltung kommen, nicht den gebührenden Platz im großen Haushalte der Menschheit einnehmen können.* Trage jeder für seine Person nach Möglichkeit dazu bei, daß es anders und besser werde!

M. - I.

Brief aus Mügeln.

Vielen Kollegen wird es angenehm sein, auch einmal aus dem idyllischen Orte Mügeln, ganz dicht an der sächsischen Schweiz, etwas zu hören. Ganz besonders sei die Firma *Paul Süß, Akt.-Ges. für Luxuspapierfabrikation*, hervorgehoben. Schon seit einiger Zeit wurde die frühere Hochkonjunktur durch schlechten Geschäftsgang abgelöst, sodaß unsere Kollegen jetzt wochenlang aussetzen müssen. Kaum daß sie sich von der Aussperrung erholt haben, werden sie schon wieder bei den teuren Zeiten in ihrem Verdienst geschmälert.

Müßte denn die Firma mit aussperrern, wo es doch schon seit längerer Zeit schlecht um sie stand und in den letzten 2 Jahren keine Dividende gezahlt werden konnte? Die Firma hätte wohl besser getan, nicht mit aussperrern; dann wäre sie auch in der Lage gewesen, ihre Muster zur rechten Zeit auf den Markt zu bringen. Aber waren denn nicht während der Aussperrung genügend Rausreißer da? Gewiß, viele sogar, und doch haben sie es nicht fertig gebracht, der Firma über den Berg zu helfen. Wohl oder übel mußten trotzdem einige ausgesperrte den Rausreißern Platz machen, ihre Stellen einbüßen und dann mit Familie nach anderen Orten übersiedeln, was wohl gerade nach dieser Aussperrung sehr beschwerlich war.

Seit dieser Zeit kriselt es in der Firma. Es gab so manchen innern Kampf. Viele Werkstattversammlungen fanden schon statt und oft mußte unsere Verbandsleitung mit dem Schutzverbande wegen der Firma korrespondieren. Bald war es die Anschaffung der Markenkontrolle, bald wieder die Einhaltung der so schön in die Abmachungen hineinpraktizierten effektiven Arbeitszeit, oder eine versuchte Maßregelung des Vertrauensmannes, der sich die Freiheit herausgenommen hatte, einem Lehrling während der Arbeitszeit zu sagen, daß er sich der Lehrlingsabteilung anschließen solle. Alle diese Sachen kamen in der kurzen Zeit nach der Aussperrung vor.

Und jetzt werden die Kollegen schon wieder durch das Aussetzen beunruhigt. Daran mag wohl der amerikanische Markt mit schuld sein, an dem die Firma sehr interessiert war. Aber es liegt doch auch noch an anderen Krebschäden. Ein großes Heer von Beamten, die sich untereinander fast die Füße weglaufen, ziert das Geschäft. Wenn in dieser Beziehung erst einmal gespart würde, statt an den Arbeitern, dann ginge freilich manches besser.

Es gibt noch verschiedene andere Zustände, die der Schilderung wert wären. So würde schon seit Jahren fast bei jeder Konferenz und auch in der letzten Arbeitersauschüttung darauf hingewirkt, daß einmal die Aborte sorgfältiger und menschenwürdiger ausgestaltet werden möchten, aber noch nichts ist geschehen. Man wähnt immer, einen Goldschleier vor sich zu haben. Auch unsere Lehrlingsabteilung ist bei der Geschäftsleitung sehr verhaßt. Sie hat freilich andere Bestrebungen als der Pfadfinderverein, der vom Herrn Prokuristen so gut unterstützt wird. Allen Lehrlingen, die sich ihm anschließen, werden Lebensstellungen und goldene Berge versprochen; wo wohl dann mit diesen Leuten der rechte Pfad gefunden wird, um das Geschäft wieder hoch zu bringen? Wer weiß es?

Wenn uns die Firma auch gerade zu unserer gemeinsamen Senefelderfeier Arbeitslose macht, so stört uns dies wenig. Unser Verband ist ja in der Lage, alle zu unterstützen, und auch für alles andere wird gesorgt werden. Den wankelmütigen Kollegen aber rufe ich zu: Seid einig! Laßt Euch nicht durch die Redensart irre machen, der Verband zähle nichts mehr, er wäre im Verblühen. Hier ist bei den Unternehmern der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Gehilfenschaft wird dafür sorgen, daß dieser Wunsch niemals in Erfüllung geht. Sie kennt die Wahrheit des Wortes: Einigkeit macht stark!

O

Zum Brief aus Bombay

erhalten wir von Herrn Gustav Schaeße, dem Berliner Vertreter der Firma Berger & Wirth, folgende Zuschrift:

Unter Bezugnahme auf den Bombayer Brief in Nr. 42 der *Gr. Pr.* erlaube ich mir Ihnen zu bemerken, daß ich noch niemals Steindruckere oder Lithographen nach Bombay engagiert habe. Meine Tätigkeit hat sich lediglich darauf erstreckt, unserem Geschäftsfreunde Karl Schleicher in Carla Lanovla (4 Eisenbahnstunden von Bombay, 2000 Fuß hoch) einige Gehilfen zuzuweisen. Die letzte derartige Vermittlung geschah im März dieses Jahres. Ich habe also mit Engagements nach Bombay nichts zu tun und fallen damit auch die gegen mich erhobenen Vorwürfe zu Boden. Auch siehe ich der Publikation im Klimeschen Anzeiger vollständig fern. Die bei Herrn Schleicher angelegten Herren haben wiederholt ihre Zufriedenheit zu erkennen gegeben.

Berlin, den 11. November 1912.

Gustav Schaeße,

Direktor der Berger & Wirth-Filiale Berlin.

Ortsberichte.

Berlin. Der Fortschritt der Technik bringt neue Organisationsaufgaben! Die Leser der größeren Tageszeitungen und Zeitschriften werden in absehbarer Zeit eine Umwälzung in der Illustrationstechnik wahrnehmen können, da das neuere Kupferstiefdruckverfahren in seinen verschiedenen Arten (Flachdruck und Walzendruck) mehr und mehr zur Einführung gelangt. Diese neuere Illustrationstechnik, die auch berufen ist, gute Kunstdrucke zu mäßigen Preisen der Allgemeinheit zu liefern, gibt natürlich einer ständig wachsenden Zahl von in unserem Verbandsorganisierten Kollegen Arbeitsgelegenheit. Die in den einzelnen Teilprozessen Beschäftigten rekrutieren sich zur Zeit aus: Licht- und Steindruckern, Reproduktions-Photographen, Chemigraphen, Photographen- und Lichtdruckretouchieren. Die Berliner Verwaltung unseres Verbandes nahm deshalb Veranlassung, die in den Berliner Betrieben dieses Verfahrens beschäftigten Kollegen zu einer Versammlung nach dem *Graphischen Vereinshaus* zu berufen, um die weitere Ausbreitung des Kupferstiefdruckverfahrens zu besprechen. In dem einleitenden Referat wurde nach einem Rückblick über die Entwicklung des Verfahrens betont, daß die genannten Branchen durch ihre Vorbildung in den einzelnen Arbeitsprozessen ihres besonderen Berufes die Vorbedingungen für ein gedeihliches Fortschreiten des Verfahrens besitzen, daß aber andererseits auch die betreffenden Kollegen durch ihre Organisation in unserem Verbands sich berufen fühlen müssen, in dem sich erst entwickelnden Verfahren auf eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedacht zu sein. In der Diskussion wurde eine Übersicht aus den einzelnen Berliner Firmen gegeben und zur weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit eine Kommission gewählt, die sich aus je einem Steindruker, Chemigraphen-, Kupferdrucker-, Photographen- und Lichtdrucker-Kollegen zusammensetzt. Außerdem soll der Hauptvorstand für eine Verfolgung der gleichen Aufgaben im übrigen Deutschland wirken. Die Kollegschaft bewies durch ihre Einmütigkeit, daß sie gewillt ist, sich den Platz innerhalb dieser neuen Technik zu erringen, der einer fortgeschrittenen Arbeiterschaft zukommt.

Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Der Zudrang zum Lithographenberuf.

II.

Unsern Unternehmern liegt aus bestimmten Gründen sehr viel daran, daß der Zustand, daß sie von Lehrstellensuchenden arg überlaufen werden, dauernd erhalten bleibe. Besonders jetzt, wo sie in ihrem Kampfe gegen unsre Lehrlingsabteilung mit raffinierten Plänen schwanger gehen, möchten sie hierin keine Änderung erfahren. Die Wahrnehmung, daß in jüngster Zeit der Zudrang zum Lithographenberuf etwas nachläßt, geht ihnen daher sehr wider den Strich.

Daß bei der Erwerbung der Arbeitskraft der Lehrlinge das bekannte Gesetz von Angebot und Nachfrage auch eine große Bedeutung hat, das wissen unsre Unternehmer nur zu gut. Ihnen ist es nicht entgangen, daß bei dem bisherigen Zustande, wo sie von Lernlustigen stets sehr überlaufen wurden, alle Vorteile auf ihrer Seite hatten: sie konnten ganz nach ihrem Gutdünken die Wahl treffen und die Einstellungsbedingungen festsetzen.

Den Schutzverbändlern ist unsre Lehrlingsorganisation ein großes Ärgernis, weil sie unsre Nachkömmlinge im Beruf zu tüchtigen, selbstbewußten und ehrliebenden Menschen erzieht, und das Streben der Schutzverbändler vereitelt, sie moralisch zu verkrüppeln und gelb zu verseuchen. Da diese Herren unsrer Lehrlingsabteilung durch die Einkaufung der Lehrlinge in die Frankfurter gelbe

Organisation keinen Abbruch tun konnten, gehen sie jetzt mit der Absicht um, sie durch die Abschließung unsittlicher Lehrverträge zu untergraben. Den Lehrlingen soll verboten werden, sich unsrer Lehrlingsabteilung anzuschließen und sich dort sittlich erziehen lassen, und sie sollen gezwungen werden, sich in den sogenannten *nationalen* Jugendwehren geistig verkrüppeln und chauvinistisch verrohen zu lassen.

Dieser saubere Plan läßt sich natürlich nur dann durchführen, wenn der Andrang von Lehrlingen bedeutend größer ist als die Nachfrage. Nur unter diesen Umständen ist es möglich, den Vätern oder Pflegern von Lehrlingen solche schamlosen, unsittlichen Lehrverträge aufzudrängen, wie sie der Schutzverband ausgearbeitet hat. Weil dies unsre Unternehmer wissen, darum suchen sie aus diesem Grunde schon den Zudrang zu unserm Berufe mit allen unlauteeren Mitteln zu steigern.

Wie raffiniert das Unternehmertum arbeitet, um sich einen großen Zulauf von Lehrlingen zu schaffen, das ersehen wir aus einem Bericht des Schutzverbandsblattes über eine Veranstaltung des Vereins der Lithographie- und Steindruckereibesitzer zu Dresden.

Dieser Verein, den die Wahrnehmung, daß in jüngster Zeit der Zudrang zu unserm Berufe etwas nachläßt, jedenfalls besonders stark schmerzt, entfaltet jetzt eine geradezu unerhörte Agitation, um weite Kreise der Bevölkerung für die Zuführung von Lehrlingen zu unserm Berufe geneigt zu machen. Damit niemand stutzig werde, verhält dieser Verein natürlich sorgsam den wahren Zweck seines Tuns er gibt bei seiner Agitation vor, daß er das Kunstgewerbe der Lithographie in jeder Beziehung heben und die Ausbildung der Lehrlinge auf eine möglichst hohe Stufe bringen wolle. Um der Öffentlichkeit dieses Vorgehen glaubhaft zu machen und bei ihr die Meinung zu erzeugen, als seien in der Lithographie noch paradiesische Verhältnisse zu finden, als böte die Erlernung unsers Berufes heute noch die beste Gewähr für ein gutes Fortkommen und die Erwerbung einer hoch geachteten Stellung im bürgerlichen Leben, hatte dieser Verein im Frühjahr dieses Jahres eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten in Dresden veranstaltet.

In einem agitatorischen Bericht in der Tagespresse über diese Veranstaltung lobhudelte sich vorerst dieser Verein. Er sagte, daß er während seines 23-jährigen Bestehens stets bestrebt gewesen wäre, das Kunstgewerbe der Lithographie in jeder Beziehung zu heben, und daß er es als seine ganz besondere Aufgabe betrachtet habe, die Ausbildung der Lehrlinge auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen. Seine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, die er veranstaltet habe, sei für weitere Kreise des deutschen Steindruckergewerbes beachtungswert und nachahmungswert. Wörtlich hieß es dann weiter: Die Ausstellung der Lehrlingsarbeiten hat einen derartigen Umfang angenommen und die ausgestellten Arbeiten zeigten solche lobenswerte Leistungen, daß es der Verein für angezeigt hielt, diese der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um besonders den Eltern und Angehörigen der Lehrlinge, sowie auch den Vorständen und Lehrern der Schulen und Unterrichtsanstalten und auch den Behörden und Förderern des Kunstgewerbes Gelegenheit zu geben, sich von den Leistungen der bei den Mitgliedern des Vereins ausgebildeten Lehrlinge selbst zu überzeugen.

Mit diesem blauen Dunst, den man der Öffentlichkeit vormachte, suchte man jeden Verdacht im Keime zu ersticken, daß die Ausstellung den rein egoistischen Zwecken ihrer Veranstalter diene.

Dem Verein ist es aber nicht möglich, abzuleugnen, daß seine Angaben Spiegelfechtereien waren und daß er mit seiner Veranstaltung nur den schönsten Zweck verfolgte, junge Leute in Massen als Ausbeutungsobjekte zu ködern. Daß man es nur darauf angelegt hatte, die Gutgläubigkeit von Eltern und Erziehern für seine profiteursüchtigen Zwecke gewissenlos auszunutzen, das geht für jeden Kenner unsrer Verhältnisse klar und deutlich aus dem Schlusse dieses Berichtes hervor. Dort wird nämlich der Öffentlichkeit folgender hanebüchene Schwindel als letztes Lockmittel aufgedischt:

Das Lithographie und Steindruckergewerbe bietet begabten jungen Leuten eine gut auskömmliche und sichere Existenz, sowohl im In- als auch im Auslande.

Damit den Wink mit dem Zaunfahle aber auch selbst der Begriffstutzigste verstehe, sagt man zu guter Letzt noch:

Der Vereinsvorstand, Herr Th. Aug. Schupp, gibt Interessenten jederzeit gerne Aufschluß. Er übernimmt auch die Vermittlung von Lehrstellen. Auf die Ausstellung sei hier besonders aufmerksam gemacht.

Es gibt tatsächlich keinen zulässigen Ausdruck, der hinreichte, um dieses Gebahren von Unternehmern in der Jagd nach Lehrlingen richtig zu kennzeichnen. Der »Mut«, vertrauensseligen, gutgläubigen Leuten entgegen den tatsächlichen Verhältnissen in unsern Berufe einzureden, unser Gewerbe böte begabten jungen Leuten eine gut auskömmliche und sichere Existenz sowohl im In- als auch im Auslande, kann beim besten Willen nicht mehr überboten werden. Wie gut auskömmlich und sicher die Existenz besonders bei den Lithographen jetzt ist, das haben wir in verschiedenen Artikeln hier eingehend geschildert. Wer weiß, wie es gegenwärtig mit unsern Berufe steht, und wie es dennoch fertig bringt, junge unerfahrene Leute durch allerlei Vorspiegelungen zu verleiten, Lithograph zu werden, der versündigt sich an seinem Nächsten. Zu einem solchen Gebahren kann sich nur der verstehen, bei dem durch die Profitgier schon das letzte Fünkchen menschlichen Gefühls und sozialen Empfindens erstickt worden ist.

Daß sie in gutem Glauben gehandelt hätten, können auch die Dresdner Unternehmer nicht sagen: sie wissen sehr wohl, wie es mit der Sicherheit unserer Existenz infolge der gewaltigen Überfüllung unsers Berufs bestellt ist. Herr Th. Aug. Schupp, der Interessenten den bewußten Aufschluß gibt und Lehrstellen vermittelt, ist Kreisvertreter des Schutzverbandes und als solcher eifriger Leser des Schutzverbandsblattes. In seinen Artikeln: Die geschäftliche Lage des deutschen Steindruckergewerbes im Jahre 1911, hat dieses Blatt in der gleichen Nummer, in der es auf die Dresdner Veranstaltung hinweist, selbst klar nachgewiesen, daß es mit der Lithographie fortwährend lebend bergab geht und daß der Bedarf an Arbeitskräften in ihr immer geringer wird. Eine Entschuldigung, daß sie aus Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse den Interessenten die falschen Angaben gemacht hätten, kann also von diesen Leuten durchaus nicht geltend gemacht werden.

Leider kommen die Leute, die ein Opfer der Spiegelfechtereien profitstüchtiger Lithographieunternehmer geworden sind, meist zu spät dahinter, daß man sie gewissenlos irreführt hat. Nur wenige haben soviel Glück, daß sie wie jener betrogene Vater eines Lithographenlehrlings, von dem in der Rundschau notiz in der Nummer 42 der Graphischen Presse die Rede ist, schon nach zwei Jahren die Überzeugung gewinnen, daß sie gößlich düpiert worden sind und für ihre Söhne einen der ungünstigsten Berufe gewählt haben. Ein Opfer von 2 unnütz verbrachten Lehrjahren, das ein Übergang zu einem besseren Beruf kostet, läßt sich schließlich mit der Zeit noch verwinden. Ist aber erst die ganze Lehrzeit verbracht, dann ist es zu spät, dann läßt sich der Schaden der falschen Berufswahl überhaupt nicht mehr gut machen.

Nun sucht man aber noch in einer anderen höchst gemeingefährlichen Weise auf die Öffentlichkeit einzuwirken, um eine Steigerung des Zudrangs zu unsern Berufe herbeizuführen.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraven, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Neue Überläufer?

Die verhältnismäßig günstige Lage der Positiv-Retuscheure hat schon manchen auf den Gedanken gebracht, in diesem Beruf sein Unterkommen zu suchen. Und tatsächlich beweisen die großen Zahlen der Überläufer, wie vielen diese Absicht schon gegliückt ist. Solange noch Arbeitskräfte in diesem Beruf mangelten, haben schon die Unternehmer dafür gesorgt, daß genügend neue Kräfte aus andern Berufen herangezogen wurden. Vornehmlich waren es wohl Merkantill-Lithographen, die sich aus verschiedenen Gründen bisher noch als die geeignetsten Überläufer für die chemigraphische Positiv-Retusche erwiesen haben. Daneben haben unsere Unternehmer keineswegs auf das beliebte Mittel der Lehrlingsausbildung verzichtet. So hat die Zahl unserer Berufstätigen sich mit der Ausdehnung des Berufs ständig vermehrt. Häufiger als früher sind Arbeitslose zu verzeichnen. Die nächste Krise in unserm Gewerbe dürfte schon zur Genüge zeigen, daß es nicht dauernd bergauf gehen kann.

Solange Einzelne ausgebildet wurden, sind sie gern aufgenommen und als gleichberechtigte Kollegen behandelt worden. Wenn trotzdem von Außenstehenden geklagt wird, so ist hier nicht der Raum, auf diese vielerörterte Frage einzugehen. Soviel steht aber außer allem Zweifel fest: die einigermassen geregelten Verhältnisse in der Chemigraphie wären längst nicht mehr, wenn nicht die ständige Wachsamkeit der Kollegen für die Regelung des Zuzugs zum Gewerbe sorgen würde.

Genau so, wie in dem Gesamtberuf, liegen die Verhältnisse in der Positiv-Retusche. Erst kürzlich ist in unserer Presse darauf hingewiesen worden, wie sich auch in unserer Sparte das elende Zwischenmeistersystem mehr und mehr breit macht. Diese und andere Berufsschäden lassen sich nur bekämpfen, solange die Verhältnisse einigermaßen stabil sind. Wenn aber die Gefahr besteht, daß verhältnismäßig größere Scharen in den Beruf eindringen wollen, dann erwachsen solchen Bestrebungen unberechenbare Schwierigkeiten.

Auf der letzten Generalversammlung des Xylographen-Verbandes ist ein Plan entwickelt worden, mit dem wir uns ernsthaft beschäftigen müssen, umso mehr als unreife Köpfe jetzt schon Folgeerungen daraus ziehen, die allen gewerkschaftlichen Bestrebungen Hohn sprechen würden. Sicher wäre es möglich gewesen, zu einer Verständigung mit unsern Kollegen zu gelangen, wenn die Verschmelzung der Xylographen-Organisation mit unserem Verbands schon erfolgt wäre. Das ist leider noch nicht der Fall. So erklärt es sich auch, daß dort Beschlüsse gefaßt werden, die einem Angriff verteuelt ähnlich sehen. Der Vorstand des Xylographen-Verbandes ist von seiner Generalversammlung beauftragt worden, Schritte einzuleiten zur Errichtung eines Unterrichtskurses für Positivretusche.

Die Begründung dieses Beschlusses zeigt uns ein betrübendes Bild. Immer mehr verringert sich die Arbeitsgelegenheit. Der belletristische Holzschnitt hat der Auto-Ätzung fast vollständig weichen müssen und nur im technischen Holzschnitt ist den Xylographen ein bescheidenes Gebiet geblieben, das aber ebenfalls von Jahr zu Jahr geringer wird. Das Sinken des Mitgliederbestandes des Xylographen-Verbandes zeigt diesen Rückgang beängstigend deutlich an. So ist es auch begreiflich, daß die letzten Vierhundert mit immer größerer Besorgnis in die Zukunft schauen und immer ernsthafter den Plan erwägen, dorthin zu gehen, wo ihre Arbeitsgelegenheit hingegangen ist. Jeder Arbeiter wird diesem wirtschaftlichen Drama sein Mitgefühl nicht versagen können. Trotzdem können wir nicht stillschweigend zusehen, wie uns Positiv-Retuscheure zur Rettung der Xylographen, das Messer an die Kehle gesetzt werden soll.

In ganz Deutschland sind höchstens 300 Positiv-Retuscheure tätig. Wenn auch nur ein nennenswerter Bruchteil der Xylographen ausgebildet und untergebracht werden soll, würde sich das Angebot von Arbeitskräften ungemein vermehren. Da sich die Zahl der Xylographen im Verbands in den letzten Jahren um gut 100 verringert hat, läßt sich ungefähr ermesen, wie stark der Zuwachs werden könnte. Und diese Neuauszubildenden verteilen sich fast nur auf einige Städte. In den anderen Orten sind nach wie vor die Unternehmer gezwungen, ihre ausgebildeten Lehrlinge und im Notfall andere Überläufer zu beschäftigen. Da es sich bei den Xylographen im wesentlichen um ältere Kollegen handelt, werden sie am Orte bleiben und dadurch in einzelnen Orten das Angebot besonders stark vermehren. Um eine für uns starke Vermehrung muß es sich schon handeln, wenn den Xylographen die Abwanderung erleichtert werden soll.

Starke Vermehrung des Arbeitsangebots bedeutet aber Herabdrückung des Arbeitslohnes und vermehrte Arbeitslosigkeit auf unserer Seite. Das wäre ein Erfolg, der nur den Unternehmern zu gute käme. Wahrscheinlich handelt es sich bei dem Vorgehen in erster Linie darum, Retusche-Aufträge, die in reinen chemigraphischen Firmen eingehen, nicht erst in chemigraphische Anstalten geben zu müssen, sondern die Arbeiten mit eigenem Personal selbst herzustellen. Das bedeutet allerdings auch für unsere Unternehmer neue Konkurrenz und neue außerartfliche Preisunterbietung, die wieder auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse rückwirkend sein würde. So bietet der in die Praxis umgesetzte Beschluß der Xylographen reichlich Gelegenheit, uns zu schädigen.

Auf unserer Seite verringerter Lohn, zunehmende Arbeitslosigkeit und zunehmende Heim- und Zwischenmeistersarbeit. Damit wäre erreicht, daß dieselben Verhältnisse, die heute im Lithographen- und Xylographenberuf vorhanden sind, auch bei uns einreifen. Das hieße: für die Xylographen nichts gewonnen, für uns aber viel verloren. Daran, daß unsere Verhältnisse heruntergehen, arbeiteten bisher gewisse Unternehmer und einige besonders einsichtslose Kollegen. Nun gesellt sich dazu noch der Verband der Xylographen.

Hätten wir aber zu schwarz gesehen, hätten wir aber vor allem dem Beschluß zu große Bedeutung beigelegt, so wollen wir noch auf eine Gefahr aufmerksam machen, die, von den Veranstaltern ungewollt, leicht eintreten kann. Wir setzen den Fall, der Kursus ist eingerichtet, seine Erfolge sind den Erwartungen entsprechend, eine Reihe Xylographen verlassen als fertige Positiv-Retuscheure den Kursus. Der Arbeitsnachweis der Chemigraven kann Kräfte nur vermitteln, solange keine Arbeitslosen vorhanden sind. Was nun? In ihrem Beruf sind sie außer Stellung, ohne Arbeit. Sie fühlen die Kraft und Fähigkeit, einen andern Beruf auszuüben, können aber nicht hinein, weil sie sich an den Arbeitsnachweis halten müssen. Liegt es nicht ungemein nahe, daß schwache Charaktere den kurzen Weg vorziehen und zum Streikbrecher werden? Sie haben einen neuen Beruf

gelernt, haben sich zu dem Zweck Entbehrenen auferlegt und sollen sich nun durch den Zwirnsfaden tariflicher und gewerkschaftlicher Bestimmungen hindern lassen?

Wir wandten uns mit Recht gegen die privaten Lehranstalten, gegen Klimsch, Lette-Verein usw. Wir wollen hoffen, daß wir nicht mit einer Gewerkschaftsorganisation ähnliche Erfahrungen machen. Wir haben schon Redewendungen von Xylographen gehört, die deutlich die Absicht erkennen ließen, alle Rücksichten über den Haufen zu rennen und den gekennzeichneten Weg in tarifgegerne Firmen zu beschreiten. Eine Gewerkschaftsorganisation, die Streikbrecher züchtet, wäre allerdings ein Schauspiel für Götter. Und dieses Schauspiel wird der Xylographenverband jedenfalls der Welt nicht bieten wollen. Hoffen wir daher, daß sich aus dieser Darlegung der Konsequenzen seines Beschlusses ein gangbarer Weg zur Verständigung ergibt.

Gust. Ad.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Lichtdr.). In unser Sektionsversammlung vom 25. Oktober erweckte die Berichterstattung über die Rechtsprechung des Tarifamtes besonderes Interesse. Leipzig war mit drei Entschieden daran beteiligt. Das eingehend und sachlich gehaltene Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Die einzelnen Urteile riefen einen lebhaften Meinungsaustausch hervor. Die Frage, ob Abdecken Retuscheurarbeit sei, wurde vom Tarifamt bejaht; man hatte auch nichts anderes erwartet. Die Versammlung erklärte, daß dort, wo Hilfskräfte mit Abdecken beschäftigt werden die tarifliche Regelung zu erstreben sei. Weniger verständlich erschien das zweite Urteil zur Überläuferfrage. Um jedoch der Handhabung einiger Leipziger Firmen, die mit Vorliebe Überläufer einstellen, ein Ziel zu setzen, soll eine bestimmtere Fassung der Überläuferparagrafen ins Auge gefaßt werden. Die dritte Klage, die negativ ausfiel, erregte eine scharfe Debatte; nach Lage des Falles war allerdings nichts an dem Urteil zu ändern. Sodann wurde der Beschluß gefaßt: »Bei Ansuchen der Firmen und zur Vermeldung von häufigen Entlassungen sollen die Kollegen ihre Antworten erst abgeben nach stattgefundenen Werkstübensammlungen, zu denen die Sektionsleitung hinzuzuziehen ist. Zu beschließende Maßnahmen dürfen das Solidaritätsgefühl nicht verletzen. Falls Kollegen eigenmächtig handeln, begeben sie sich jedes Unterstützungsanspruches.« Allgemeine Bewegung rief die Schilderung einiger jüngerer Kollegen hervor, daß es ihnen nicht möglich sei, Lohnzulagen zu erlangen. Mit Recht konnte ihnen entgegengehalten werden, daß die Kollegen die Löhne nur durch ausgiebigen Gebrauch der Freizügigkeit in die Höhe brachten. Die jüngsten Kollegen ziehen es jedoch leider vielfach vor, nicht von Müttern fortzugehen, und glauben gar noch, sich durch freiwilliges und billiges Anbieten ihrer Arbeitskraft das Recht anmaßen zu können, als Lohndrucker aufzutreten. Den Kollegen wurde der Rat gegeben, sich doch nur etwas in der Welt zu versuchen, ihr Können zu vervollkommen und sich selbst weiterzubilden. Nur dem Mutigen gehört die Welt. Nach kurzem Hinweis auf die vorstehende Senefelderfeier und die sonstigen Veranstaltungen der Bildungskommission unserer Zahlstelle wurde die Versammlung beendet.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Linoleum-, Wachs- und Zeug- und Selden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Berlin. In unserer Mitgliederversammlung vom 2. November wurde die Frage behandelt, in wie weit von den Unternehmern unsere Abmachungen unterschrieben wurden. Während in Berlin sonst alle Firmen bewilligt haben, hat die Linoleumfabrik Neukölln auf ihrem alten Scharfmacherstandpunkt beharrt und nur die Lohnzulage bewilligt, während sie eine Verkürzung der 60stündigen Arbeitswoche ablehnte. Die Versammlung stand auf dem Standpunkt, daß die Formstechereien, in denen noch die 10stündige Arbeitszeit besteht, ein Hemmschuh seien für das gesamte Gewerbe und daß die Gehilfenschaft an der Bessergestaltung ihrer sozialen Lage hindern. Hier müsse radikale Abhilfe geschaffen werden. Die Neuköllner Kollegen erklärten, mit der Forderung der 9stündigen Arbeitszeit zu stehen und zu fallen. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: »Die heutige Versammlung nimmt den Bericht der einzelnen Vertrauensleute der Berliner Stedereien über die Durchführung der Wiesbadener Beschlüsse entgegen. Sie erklärt, daß alle Abmachungen, die denen von Wiesbaden nicht entsprechen, nicht akzeptiert werden können. Die Versammlung erklärt ferner, daß die Arbeitsverhältnisse nur dort als geregelt anerkannt werden können, wo die in Wiesbaden beschlossenen Vereinbarungen voll und ganz anerkannt sind.«

Feuilleton.

Das neue Märchen.

Einmal atmen möcht' ich wieder
In dem goldenen Märchenreich,
Doch ein strenger Geist der Lieder
Fällt mir in die Saiten gleich.

Freiheit heißt nun meine Fee
Und mein Ritter heißt das Recht.
Auf denn, Ritter, und bestehe
Kühn der Drachen wild Geschlecht!

Ludwig Uhland.

Ludwig Uhland.

Zur fünfzigsten Wiederkehr seines Sterbetages.

Am 13. November 1912 sind fünfzig Jahre verfloßen seit dem Tage, an dem Ludwig Uhland seine Augen zur letzten Ruhe schloß. Mit ihm schied ein Mann aus dem Leben, der sich durch die Lauterkeit und Geradheit seines Charakters, durch das kultivolle Eintreten für seine Überzeugung, durch sein stilles, ernstes und bescheidenes Wirken im Dienste des Volkes und vor allen Dingen durch die kernige Kraft seiner Dichterpersönlichkeit einen Ehrenplatz im Herzen des Volkes erworben hat.

Ludwig Uhland wurde am 25. April 1787 als dritter Sohn des Universitätssekretärs Johann Friedrich Uhland in Tübingen geboren. Trotz der politisch außerordentlich bewegten Zeit gegen Ende des achtzehnten und am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts verlebte er eine ruhige, glückliche und arbeitssame Jugend. Schon als Fünfzehnjähriger konnte er die Universität beziehen, wo er entgegen seinen eigenen der Philologie zugeneigten Wünschen die Rechtswissenschaft studieren sollte. Trotz seiner inneren Abneigung widmete er sich fleißig dem aufzuzwingenden Studium, und schon im Jahre 1810 erwarb er sich den Doktorhut. Seine juristischen Studien sollten ihm später in seinem Wirken für die Rechte des Volkes gute Dienste leisten.

Neben dem juristischen betrieb er aber fleißig das Studium der mittelalterlichen Literatur. Und die innige Beschäftigung mit der deutschen und französischen Poesie löste schon frühzeitig die Lust am eigenen dichterischen Schaffen in ihm aus. Die in seiner Universitätszeit verfaßten und veröffentlichten Gedichte zeigen ihm allerdings noch ganz im Banne der damals herrschenden verschwommenen Romantik, aus dem er sich aber im Laufe seiner gesunden und kräftigen dichterischen Weiterentwicklung immer mehr befreite, um der kernig volkstümliche, von tatbereiter Vaterlands- und Freiheitsliebe durchglühte Dichter zu werden, der aus seinen späteren Werken spricht.

Zur Vervollständigung seiner juristischen Kenntnisse, besonders zum Studium des »Code Napoleon«, reiste der junge Doktor juris im Jahre 1810 auf mehrere Monate nach Paris. Dort studierte er aber die französischen und mitteldeutschen Manuskripte der Pariser Bibliothek viel eifriger als das trockene napoleonische Recht. Die bahnbrechende literarhistorische Studie »Das altfranzösische Epos«, die in Paris vollendet wurde und 1812 erschien, war

das bemerkenswerteste Ergebnis seines Pariser Aufenthaltes. Nach der Rückkehr von seiner französischen Reise trat er in den württembergischen Staatsdienst ein, den er jedoch, da er ihn gänzlich unbefriedigt ließ, nach kurzer Zeit mit der freien Advokatenpraxis vertauschte.

Diese Anwaltstätigkeit ließ ihm genügend Zeit zu weiteren literarischen Studien und Arbeiten und zu eigener dichterischer Betätigung. 1815 erschienen seine »Gedichte«, die sofort die ihnen gebührende Beachtung fanden. Seine Lieder atmen zartes Naturempfinden; bei aller Knappheit in der Form und im Ausdruck zeichnen sie sich aus durch die Tiefe, Wahrheit und Stärke des Gefühls.

Aber die eigentliche Bedeutung Uhlands liegt in der Ballade und Romanze, für die ihn grade die Meisterschaft in der Beherrschung der einfachen, schlichten, äußerst knappen Prägnanz der Form und seine tiefe und poetische Erfassung des Volkstümlichen in den zur dichterischen Darstellung und Gestaltung gewählten Stoffen besonders befähigten. Seine Romane zählen unzweifelhaft zu den besten und vollendetsten Erzeugnissen, die die deutsche Dichtkunst hervorgebracht hat; sie gehören zu den wertvollsten Schätzen der deutschen Literatur und sichern dem Dichter dauernd einen Platz unter den Großen der deutschen Poesie.

Neben seiner Bedeutung als Dichter der Romanze tritt seine Stellung in der dramatischen Literatur vollständig zurück. Dazu fehlt es ihm zu sehr an hinreißender Leidenschaftlichkeit, an spannender Gestaltungskraft. Trotz zahlreicher dramatischer Anläufe ist er über eine Reihe dramatischer Fragmente nicht weit hinausgekommen; nur zwei seiner Dramenentwürfe hat er vollendet: die Schauspiel »Ernst, Herzog von Schwaben«, das 1818, und »Ludwig der Bayer«, das 1819 erschien. Die frisch pulsierende Lebensfülle, die dramatische Leidenschaftlichkeit, die energische und konsequente Entwicklung der Handlung geht ihnen ab. Sie haben daher einen dauernden Erfolg nicht zu erringen vermocht.

Bei allem liebevollen Versenken in die Vorzeit, das aus fast allen Schöpfungen des Dichters spricht, lag ihm jeder Versuch oder Wunsch einer Erneuerung des Mittelalters weit fern. Das zeigt der frische moderne Geist, mit dem er die geschichtlichen Stoffe durch seine dichterische Gestaltung erfüllte. Dieser Geist lehrt, daß Uhland auch die Schattenseiten des Mittelalters erkannte und die Bedürfnisse seiner Zeit vollständig erfaßt hatte. Er war bei allem stillen Rückversetzen in vergangene Zeiten, die er in dichterisch verkörperter Gestalt in seinen Werken wieder auferstehen ließ und mit neuem, frischem Geist belebte, ein durchaus moderner, kräftig vorwärts drängender Mensch. Das offenbaren nicht nur seine Werke, sondern das hat er auch durch sein ganzes Leben bewiesen.

Mit seinen »Vaterländischen Gedichten«, die in den Jahren 1816 und 1817 entstanden, leitete er die neuere politische Lyrik in Deutschland ein. Es war in der Zeit, als nach den Freiheitskriegen das Volk um alles, was man ihm vor dem Kampfe gegen den »Erbfeind« versprochen hatte, betrogen worden war. In Württemberg begannen die Verfassungskämpfe. Und Uhland trat sofort mannhaft für die alten Rechte des Volkes ein. Seine »Vaterländischen Gedichte«, die erfüllt sind von seinem gesunden

demokratischen Geist, legen Zeugnis davon ab. Im Jahre 1819 zog auch Uhland als Erwählter des Volkes in den württembergischen Landtag ein, dem er sieben Jahre angehörte; er legte dann aber sein Mandat nieder, weil es seine Zeit sehr stark in Anspruch nahm und ihn seinen wissenschaftlichen Arbeiten zu sehr entzog.

Diese Studien und Forschungen machten ihn zu einem hervorragenden und feinsinnigen Kenner der mittelalterlichen Literatur. Sie wurden Veranlassung zu seiner im Jahre 1829 erfolgten Ernennung zum Professor der deutschen Literatur an der Universität seiner Vaterstadt. Der laute Charakter des demokratischen Volksmannes bewährte sich, als ihm im Jahre 1832 der Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung, in die er gewählt worden war, von der Regierung verweigert wurde; kurz entschlossen gab er die ihm lieb gewordene, wirkungsvolle Lehrtätigkeit in seiner Lieblingswissenschaft auf und stellte der Regierung seine Professur zur Verfügung. Aber mit der Erkenntnis der Unfruchtbarkeit der vormärzlichen Ständeversammlung wurde ihm auch seine Abgeordnetentätigkeit abermals immer mehr und mehr verleidet, sodaß er im Jahre 1839 auf eine Wiederwahl verzichtete.

Erst das Sturmjahr 1848 führte Ludwig Uhland wieder in das politische Leben zurück. Das württembergische Ministerium entsandte den Dichter, Gelehrten und Politiker als Vertrauensmann nach Frankfurt a. M. Bald darauf ehrte ihn das Volk durch die Wahl zum Abgeordneten zur ersten deutschen Nationalversammlung. In dieser stimmte er als Angehöriger der Linken gegen das Erbkaisertum, wirkte er tatkräftig für die Rechte des Volkes. Bis zum letzten Augenblick blieb er seiner Überzeugung und seinem Eide treu. Mannhaft hielt er auf seinem Platze bis zur Auflösung des ersten Reichsparlaments aus. Mit dem Rumpfparlament zog er von Frankfurt nach Stuttgart, wo er trotz der Mißhandlung einer rohen Soldateska das Banner der Volksvertretung verteidigen half, bis ihre letzten Reste mit Waffengewalt auseinander gesprengt wurden.

Seinen Lebensabend widmete er wieder in stiller Zurückgezogenheit seinen Lieblingsforschungen. Am 13. November 1862 setzte der Tod seinem arbeitsreichen, schaffensfreudigen Leben für immer ein Ziel. Die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Studien erschienen nach seinem Tode, in den Jahren 1865 bis 1868, in den 8 Bänden der »Schriften zur Geschichte der Dichtung und Sage«, die neben seinem Ruf als Dichter und Volksmann auch den des Forschers und Gelehrten begründeten.

Vom Büchertisch.

Bergarbeiter-Kalender für das Jahr 1913.
Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Verlag von H. Hausmann & Co., Bochum i. W. 208 Seiten Taschenformat.

Als erster Gewerkschaftskalender erscheint diesmal der Kalender für Bergarbeiter auf dem Plan. Er bringt neben eine n Überblick über die Entwicklung des Bergarbeiterverbandes mannigfaches und reichliches Material aus der gesamten Arbeiterbewegung, den Unternehmerverbänden und vielen anderen politischen, volkswirtschaftlichen, sozialen und allgemeinwissenschaftlichen Gebieten. ph.

Die modernen guten Adler-Film

werden in über 300 div. Dessins fabriziert, weit mehr als alle anderen
Leipzigger Tangierfilm-Fabriken zusammen herstellen. Dessin-Muster gratis.
F. TROMMER jun., Naunhof-Leipzig.

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme
mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Tüchtige
Positiv - Retuscheure
für Maschinen etc. finden dauernde
Stellung bei [180]
Hess & Janke, Frankfurt a. M.

Ich suche per 23. November evtl. später
einen sicheren und sauber arbeitenden
Auto - Photographen
(Emulsion), bisher: 38 Mk., ferner einen
tüchtigen Auto-Ätzer,
bisher 36 Mk. Angebote mit Mustern
[300]
Conrad Schönhals, Breslau.

Zuverlässiger Kopist

welcher mit allen Kopierverfahren voll-
ständig vertraut ist, wird zu sofortigem
Eintritt gesucht. [240]
Löffler & Bod, G. m. b. H.,
GraphischeKunstanstalt, Stuttgart,
Beethovenstraße 1a.

Metal-Retscheur

für Autotypie zum baldigen Eintritt. [180]
E. Schreiber, G. m. b. H.,
Graphische Kunstanstalten, Stuttgart.

Messing - Stecher

sofort gesucht. [180]
PETER LÜHMER, BARMEN,
Allee-Straße 196.

Stellengesuche

Pos. - Retuscheur,
Maschinen u. kunstgewerbliche Gegen-
stände, sucht Stellung für dauernd.
Uelr. Offerten erbeten an [180]
Ulrich, Dresden A., Palm-Straße 19.

Erstkl. Nachschneider, routin. Fach-
mann m. la. Referenzen wünscht sich
sof. od. spät. nach Berlin zu verändern.
Off. an R. Faust, Leipzig - S., Edlischstr. 32.

Verschiedenes

Ein modernes Schriftenwerk
in die »Schreibkunst« 3,50
Kunstschreibverlag Lautenbach
Berlin-Mariendorf

DIE BE-
sten Spritzapparate sind
„LUFTIKUS“
Leipzigger Tangier-Manier,
Alex. Grube, Leipzig, Talstraße 4
Abt. D. Luftmalgeräte.

„Matt-Lack“. Bester Farben-
zusatz gegen
Kleben, Hart-, Blankwerden und Auf-
reißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe.
Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,-.

„Harmalein“. Vorzüglicher
weiß. Trocken-
stoff in Paste, kein Herunterwischen
der Farben mehr. Auch beim Chromo-
und Buntdruck verwendbar, da jede
Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“. Gibt festsitzende
glatte Bronze,
auch bei losen, ungeeigneten Papieren.
Preis Kilo Mk. 4,-. Gegen Nach-
nahme. Kunden erhalten neuestes
Tonschutzrezept gratis. F. Hantke,
Hamburg 22, Wohldorferstr. 60 [300]

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photochemische Verfahren
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

**Das echte Tangierfell in
tadelloser Schärfe**
liefert Leipzigger Tangier-Manier,
Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

Feuchtbleibendes
Original grau feucht Lucia
Format 48x64, per 100 Bogen 8,50 M.
Grau feucht Umdruckpapier, das-
selbe Format, per 100 Bogen 8,- M.
Goldlack, bestes Hilfsmittel f. Bronze-
Unterdruck, per kg 5 M. **Chromo-
pasta**, bestes Tonschutzmittel, per kg
4 M. **Radikal**, bestes Tonschutzmittel
für Zink, per kg 3,50 M. [360]
H. M. Köhler, Leipz.-Schönefeld.

DRESDEN!
Sonntags vormittags 9-12 Uhr: Un-
terricht im Aktzeichnen und Malen,
Stylisieren, Komponieren
A. Walther, Kunstmalers,
Walpurgisstr. 2, III - Prospekt frei!

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Alois Senefelder und die Erfin-
dung der Lithographie.
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Sckneuditz.

Der heutigen Nummer der »Gr. Pr.«
liegt ein Prospekt der Groß-Einkaufs-
Gesellschaft deutscher Konsumvereine
bei, worauf wir die Kollegen besonders
aufmerksam machen.